

ZUKUNFT

DIE DISKUSSIONSZEITSCHRIFT FÜR POLITIK, GESELLSCHAFT UND KULTUR

Bleibt Obama?
Robert L. Dupont

Inklusion durch Solidarität
Ilkim Erdost

Kinder mit Statushintergrund
Martin Schenk

Sind die Banken noch zu retten?
Josef Falkinger

4,50 Euro P.b.b. GZ 02Z033338 M, Verlagspostamt 1010 Wien, Nr.9

WERKBUNDSIEDLUNG
WIEN1932 Wien Museum Karlsplatz

EDITORIAL

Der parlamentarische Untersuchungsausschuss hat mit sechsjähriger Verspätung zutage gefördert, wie skandalös wörtlich es manche schwarz-blau-orangen Minister und ihre Günstlinge mit der Privatisierung von Staatseigentum gemeint hatten. Nun, da der verhältnismäßig unspektakulärere Teil des Ausschusses, die Inseratenaffäre, behandelt werden soll, tut die SPÖ-Klubspitze alles, um in der Öffentlichkeit den unberechtigten Eindruck zu hinterlassen, dass ausgerechnet die SozialdemokratInnen etwas zu vertuschen hätten. Der Eiertanz um die Ladungsliste ist bereits unverständlich, noch unverständlicher ist aber die latente Drohung, den Ausschuss wegen eines schweren Geschäftsordnungsfehlers der grünen Vorsitzenden zu beenden. Der Ausschuss, der sich anschickte, eine späte faktengeleitete Abrechnung mit der schwarz-blau-orangen Ära der Korruption zu sein, droht so in der Öffentlichkeit zu einem Sinnbild der Unaufrichtigkeit der Politik im Allgemeinen zu werden. Damit hätte Schwarz-Blau-Orange zumindest eines erreicht: Ihre skandalöse Politik, die der Republik Milliarden gekostet hat, mit ein paar hunderttausend Euro für ÖBB-Inserate gleichzusetzen. Das sollte die SPÖ nicht zulassen.

Ein Land zu kaufen und es unter den Günstlingen und Geldgebern aufzuteilen – das ist (auch) ein Thema bei den kommenden **US-Wahlen** im November, bei denen der republikanische Herausforderer Mitt Romney mit millionenschwerer Unterstützung von Großspendern Präsident Obama ablösen will. Der us-amerikanische Historiker **Robert L. Dupont** gibt in seinem Beitrag eine **Einschätzung der Ausgangslage** ab.

Der Schwerpunkt dieser Ausgabe widmet sich Fragen von Integration und Inklusion:

Ilkim Erdost plädiert in ihrem Beitrag dafür, **Inklusion und Solidarität** in den Mittelpunkt dieser Debatte zu stellen.

Auch **Martin Schenk** zeichnet nach, warum es in der **Integrationsdebatte** um Fragen der **sozialen Gerechtigkeit**

und **nicht um kulturalistische Argumente** gehen sollte, und warum trotzdem die Debatte manchmal genau gegenteilig verläuft.

Die von Hans-Werner Sinn und Peter Bofinger geführte **deutsche Ökonomendebatte** beschäftigt **Josef Falkinger** in seinem Beitrag.

Thomas Riegler beschäftigt sich mit **Österreichs** Status als **Steueroase** und den Zusammenhängen mit internationaler Kriminalität und Terrorismus.

Den **300. Geburtstag** des französischen Aufklärers **Jean-Jacques Rousseau** nimmt **Fabian Steinschaden** zum Anlass, einen Überblick über das Werk des französischen Philosophen zu geben.

Heinz Kienzl nimmt in seinem Beitrag Bezug auf Sonja Ablingers Text in der letzten Ausgabe: In der Sache teilt er zwar einige Argumente, spricht sich aber gleichzeitig für mehr **Eile** in der europäischen Wirtschaftspolitik aus, um die **Krise** überwinden zu können.

»Die EU in der Krise« sieht zwar auch ein von **Armin Puller rezensierter Sammelband**, der sich kritisch mit dem »Staatsprojekt Europa« auseinandersetzt. Der Befund – die **europäische Integration** werde zunehmend **autoritär** und an den Parlamenten vorbei vorangetrieben – schlägt allerdings deutlich in die Kerbe von Sonja Ablinger, die für seriöse politische Diskussion vor so weitreichenden Schritten wie dem Fiskalpakt plädiert hatte.

Nach den Buchtipps schließt **Markus Marterbauer** das Heft mit seinem Schlusswort zur Frage einer aktiven Europapolitik ab.

Inhalt



REIHENHÄUSER VON ANDRÉ LURÇAT, 1932
FOTO: MARTIN GERLACH JUN., © WIEN MUSEUM

6 Bleibt Obama?

VON ROBERT L. DUPONT

Schwerpunkt Inklusion vs. Kulturalismus

14 Inklusion durch Solidarität

VON ILKIM ERDOST

18 Kinder mit Statushintergrund

VON MARTIN SCHENK

24 Sind die Banken noch zu retten?

VON JOSEF FALKINGER

28 Steueroase Österreich

VON THOMAS RIEGLER

34 Zwischen Aufklärung und Fortschrittskritik

VON FABIAN STEINSCHADEN

42 Staatsverschuldung oder Leistungsbilanz

VON HEINZ KIENZL

46 Die EU in der Krise

VON ARMIN PULLER

48 Buchtipps

Sachliches & Belletristisches

50 Was wäre eine aktive Europapolitik?

SCHLUSSWORT VON MARKUS MARTERBAUER

Bleibt Obama?

Im Vorlauf der kommenden US-Präsidentschaftswahlen skizziert der us-amerikanische Historiker Robert L. Dupont die Ausgangsbedingungen für die Urnengänge im November und wagt auch eine Prognose über den Wahlausgang für das Weiße Haus und den Kongress.

Amerikaner reden »über die Wahl« im Herbst 2012 als ob es ein Einzelfall sei, bei dem die Wähler zu den Urnen schreiten um eine Entscheidung zu treffen. Vielleicht wollen sie damit sagen, es gehe nur um die Wahl des Präsidenten. Bei den Wahlen im Herbst 2012 geht es aber in Wirklichkeit um drei Wahlgänge, nämlich um das Präsidentenamt, den Senat und das Abgeordnetenhaus. Alle drei sind wichtig, geht es doch um die Zukunft der amerikanischen Politik im Allgemeinen, sowie um die Richtung der einzelnen Politikinhalt im Besonderen.

Die Präsidentschaftswahl erweckt natürlich am meisten Interesse. Im Moment handelt es sich um ein Rennen zwischen zwei Kandidaten, was nicht heißen soll, dass nicht noch ein Kandidat in einer dritten Partei auftauchen und das Rennen durcheinanderwirbeln könnte, wie es etwa Ralph Nader bei der Wahl 2000 gelungen ist. Nach komplexen Vorwahlen, hat die Republikanische Partei Willard »Mitt« Romney nominiert, einen stinkreichen Bankier, Mormonen und ehemaligen Gouverneur von Massachusetts. Die Demokratische Partei geht mit Präsident Barack Obama ins Rennen, der als Amtsinhaber im Weißen Haus in der Partei keine namhaften Opponenten hatte.

Die Wahl des Präsidenten ist aber nicht die einzige und auch nicht die einzig wichtige Wahl. Im Moment genießen die Republikaner im Abgeordnetenhaus bei 435 Mandaten einen Vorteil von 242 gegenüber 193 Demokratischen »Representatives«. Um im Abgeordnetenhaus wieder die Mehrheit zu gewinnen, müsste die Demokratische Partei 25 Sitze dazugewinnen. Dabei ist zu bedenken, dass die amtierenden Abgeordneten mit ihren nach jeder Volksbefragung sorgfältig abgegrenzten Wahlbezirken einen großen Vorteil haben.

In Wirklichkeit sind nur knapp 15 Prozent der Wahlbezirke wirklich offen. Die Strategen der Demokratischen Partei konzentrieren sich auf 45 Wahlbezirke, wo sie sich Chancen ausrechnen. Es wird aber schwer sein für die Demokraten, mehr als 50 Prozent dieser Sitze zu gewinnen. Es schaut also danach aus, als ob die Republikaner im Abgeordnetenhaus höchstwahrscheinlich die Mehrheit behalten werden.

Der us-Senat besteht aus 100 Sitzen. Alle zwei Jahre werden ein Drittel der Senatoren neu gewählt. Bei den heurigen Herbstwahlen werden also 33 Senatoren neu gewählt werden, wovon die Republikaner nur Amtsinhaber von 10 dieser 33 Sitze sind. Dazu kommt noch, dass 7 Sitze, die im Moment von Demokraten oder Unabhängigen eingenommen werden, »offen« sind, also die Amtsinhaber sich nicht wiederbewerben. Von den Sitzen, die gegenwärtig von Republikanern besetzt sind, sind nur 4 »offen«. Im Moment besteht der Senat aus 51 Demokraten, 2 Unabhängigen, die sich meist auf die Seite der Demokraten schlagen, und 47 Republikanern.

Es schaut ganz danach aus, als ob der Kampf um die Kontrolle des Senats denkbar knapp oder unentschieden ausgehen wird. Die »offenen« Sitze in Nebraska und Nord-Dakota könnten leicht die Partei tauschen. Auch in Virginia und Wisconsin wird es sehr knapp ausgehen. Unter den Amtsinhabern der Demokraten, die zur Wiederwahl antreten, befinden sich Claire McCaskill aus Missouri, Jon Tester aus Montana und Bill Nelson aus Florida in Kopf-an-Kopf Rennen. Unter den Republikanern hingegen kämpft nur Scott Brown in Massachusetts ums politische Überleben, während die von Republikanern besetzten Sitze in Arizona und Indiana zumindest kompetitiv sind. Der »offene« republikanische Sitz im Bundesstaat Maine ist ein Sonderfall. Der Unabhängige Angus

King hat gute Chancen auf einen Sieg, verrät seinen Wählern allerdings nicht, mit welcher Seite er dann im neuen Kongress abstimmen wird. Sollten die Republikaner 4 Sitze dazugewinnen, würden sie ab November den Senat unter ihrer Kontrolle haben. Bei 3 zusätzlichen republikanischen Senatoren, wäre der neue Senat 50:50 gespalten; dann hätte der Vize-Präsident die alles entscheidende Stimme – das wäre dann Joe Biden im Falle eines Sieges von Obama bzw. Paul Ryan, wenn die Republikaner gewinnen. Die meisten politischen Beobachter meinen, bei den Senatswahlen werde es das knappste Ergebnis geben.

Neben diesen besonderen Details dieser drei Wahlgänge im Herbst werden aber noch einige spezifische Trends zu beachten sein, die die Zukunft der amerikanischen politischen Landschaft entscheidend mitbestimmen werden. Die folgenden sechs Anmerkungen müssen bei den Herbstwahlen mitgedacht werden.

1. Die GOP (Grand Old Party = Republikaner) gleicht nicht mehr der Partei, die die Väter gewählt haben

Die GOP operiert als Partei im gegenwärtigen Stadium der amerikanischen nationalen Politik so, als ob die USA ein parlamentarisches System wäre. Die Republikanische Partei agiert in der gesetzgebenden Regierungsarena ungemein diszipliniert, besonders wenn es um die Fokussierung der Opposition gegen Präsident Obamas politische Agenda geht. Die Republikaner betreiben eine bislang noch nie dagewesene Verschleppungstaktik bei Gesetzesanträgen mittels »filibustering« im Senat. Zudem werden andere Obstruktions-Taktiken angewandt, wie etwa das Hinausschieben von wichtigen Ernennungen von Richtern und Botschaftern, die Verhinderung von Gesetzgebungsinitiativen der Demokraten, sowie Untersuchungsausschüsse im Repräsentantenhaus zwecks vorsätzlicher Schikanierung der Obama-Administration.

Diese Obstruktionspolitik war besonders markant im Falle von Obamas Gesundheitsplan (»Obamacare«), sowie bei Kli-

maschutzgesetzgebungsinitiativen wie »cap and trade«. Diese Obstruktion der Opposition ist erstaunlich, wenn einem klar ist, dass Obamas Gesundheitsplan mit seinem »individual mandate«, sowie Obamas »cap and trade«-Vorschlag in der Umweltpolitik auf Ideen basierte, die zuvor die Republikaner lanciert hatten.

Man muss aber auch sagen, dass den Demokraten nichts Besseres eingefallen ist als sich auf ihre übliche wirkungslose Inaktivität zurückzuziehen. Will Rogers, der bekannteste amerikanische Komiker der 1930er-Jahre, hat einmal den berühmten Sager gemacht: »Ich bin kein Mitglied einer organisierten Partei, ich bin nämlich ein Demokrat!« Demokraten scheinen zu glauben, der gemächliche US-Senat sei immer noch ein Forum, in dem Gentleman miteinander höflich umgehen, Konzessionen machen, und Gesetzesvorlagen gutgläubig miteinander verhandeln und abstimmen. Neben diesen Illusionen muss sich die Demokratische Partei zudem mit einigen demokratischen (und einem unabhängigen) Senator(en) herumschlagen, auf deren Stimmen man sich bei kritischen Abstimmungen nicht immer hundertprozentig verlassen kann, um eine Mehrheit zu erreichen bzw. auf 60 Stimmen zu kommen, womit der filibuster-Verzögerungstaktik der Republikaner ausgewichen werden kann (bei 60 von 100 Stimmen im Senat darf kein filibuster mehr betrieben werden). Hier sind vor allem die Senatoren Manchin, Landrieu, Lieberman, Nelson und McKaskill gemeint.

2. Wahlen – machen wir's doch schwieriger fürs Publikum

Bisher ist nicht abzusehen, was für Auswirkungen die Restriktionen von Wählern bei der Zusammensetzung der Wählerschaft in den Novemberwahlen 2012 haben werden. Den Republikanern ist es gelungen, bedeutende Gouverneursposten in den vergangenen Jahren zu ergattern, z.B. in bevölkerungsreichen Bundesstaaten Wisconsin, Pennsylvania, Virginia und Michigan. In vielen dieser Staaten haben die konservativen gesetzgebenden Körperschaften und die Gouverneure eine

Reihe von Gesetzen erlassen, die in der imaginären Vorstellung der Republikaner Wahlbetrug verhindern sollen. Eine solche Restriktion ist die Forderung, dass die Wähler bei der Wahl einen gültigen Bildausweis vorlegen müssen. Für Wähler aus der amerikanischen Mittelklasse ist das natürlich kein Problem (die meisten haben einen Führerschein). Für alte und arme Amerikaner könnte diese Anforderung aber die Verhinderung ihrer Stimmabgabe bedeuten. Es ist natürlich kein Zufall, dass diese Schichten oft Stammwähler der Demokraten sind. Ein republikanischer Abgeordneter in Pennsylvania hat diese Strategie offen ausgesprochen. Mike Turzai, der Vorsitzende der Republikaner im dortigen Repräsentantenhaus, war vor einigen Wochen ein Hauptredner beim Ausschuss der Republikaner im Bundesstaat Pennsylvania. Dabei brüstete er sich mit den jüngsten Erfolgen der Republikaner in der Legislative: »Der Wähler-Bildausweis, der es Gouverneur Romney erlauben wird den Bundesstaat Pennsylvania zu gewinnen,« meinte Turzai, »ist erledigt.« (berichtet auf der Website PoliticsPA.com).

Einige dieser restriktiven Wählergesetze haben es darauf abgesehen, die Stimmabgabe von College-Studenten zu erschweren. In einem jüngst verabschiedeten Gesetz im Bundesstaat Texas reicht ein Studentenausweis allein nicht aus, sich bei der lokalen Wahlbehörde zu identifizieren, eine gültige Schusswaffen-Lizenz hingegen schon! Einige dieser Wahlgesetze werden bei Gerichten auf Bundesstaatenebene angefochten. Ihr kumulativer Effekt könnte aber durchwegs sein, die Wahlausgänge in entscheidenden Bundesstaaten, wo es knapp ausgehen könnte (sog. »swing states«, die zwischen den Parteien immer wieder hin- und herschaukeln), auf die Seite der Republikaner zu bringen.

Die Ausrede von Befürwortern solcher Wahlbetrugsgesetze sind meist Fallbeispiele von Betrug, die anekdotisch sind, weshalb die Bundesstaaten mehr unternehmen müssten, um Wahlbetrug zu verhindern. Wahlbetrug scheint aber ein recht seltenes Phänomen zu sein. Zwecks Aufbau von Unterstüt-

zung für Gesetze, die einen gültigen Bildausweis an der Wahlurne verlangen, publizierte die »Republican National Lawyers Association« im vergangenen Jahr einen Report, in dem 400 Fälle von Wahlbetrug nachgewiesen wurden, die dann auch gerichtlich verfolgt wurden. 400 solcher Fälle im gesamten Land über den Zeitraum von 10 Jahren würde bedeuten, dass pro Bundesstaat weniger als ein Fall von Wahlbetrug nachgewiesen werden kann.

3. Demografie ist Schicksal

Die demografischen Veränderungen in der amerikanischen Gesellschaft (die auch mit dem vorher angesprochenen Thema der Wählerrestriktionen zusammenhängen) stellen vor allem für die Republikanische Partei ein langfristige Herausforderung dar. Ein Blick auf die Statistik illustriert dies:

- Der Anteil der Minderheitenwähler hat sich von 15 Prozent im Jahre 1988 auf 26 Prozent im Jahre 2008 erhöht. Die Minoritätenwählerschaft ist hauptsächlich im Lager der Demokraten. 80 Prozent der Minderheitenwähler haben 2008 Obama gewählt.
- Zukunftsprojektionen besagen, dass diese Minderheitenbevölkerung weiter zunehmen wird. Das us-Amt für Volkszählung (»Census Bureau«) meint, der Anteil der spanischstämmigen Bevölkerung (»Hispanics«) werde von 16 Prozent (2010) auf 30 Prozent (2050) zunehmen. Im selben Zeitraum soll der Anteil der weißen Bevölkerung von 65 Prozent auf 46 Prozent sinken.
- Demokraten haben auch merkliche Zugewinne bei weißen Universitätsabsolventen. Im Moment haben die Republikaner in diesem Segment noch einen Vorteil, der aber von 20 Prozent (1988) auf 4 Prozent (2008) geschrumpft ist. Ähnlich der Minderheitenbevölkerung hat der Anteil von weißen Collegeabsolventen an der Wahlbevölkerung um 4 Prozent zugenommen.
- Mittlerweile gibt es immer weniger Wähler in der früher so starken weißen Arbeiterschaft (manche davon mit Collegeabschluss). In den zwanzig Jahren zwischen 1988 und 2008 ist ihr Anteil um 15 Prozent zurückgegangen. Dieser Wäh-

lerblock hat traditionell republikanisch gewählt – hier hatte die GOP meist einen 20-Prozent-Vorteil.

Passieren alle diese komplexen demografischen Trends schnell genug um auf den heurigen Herbstwahltag einen Einfluss auszuüben? Ruy Teixeira, der Koautor des Buches *The Emerging Democratic Majority* (2002), hat Daten des Zensusbureaus mit Bevölkerungs-Surveys vom November 2008 und dem Mai 2012 verglichen und kommt zum Schluss, diese Trends würden einen gewichtigen Einfluss auf die Herbstwahlen 2012 haben.

Die Minderheiten, die 2008 mit 80 Prozent für Obama gestimmt haben, vergrößerten ihren Anteil an zugelassenen Wählern seither um 3 Prozent. Wähler aus der weißen Arbeiterschaft, von denen 2008 18 Prozent weniger für Obama als für John McCain gestimmt hatten, haben um 3 Prozent abgenommen. Auch in den sogenannten »Battleground«-Bundesstaaten, die die 2012er-Wahl entscheiden werden, sollten diese demografischen Veränderungen Präsident Obama zugute kommen. In Nevada und Colorado hat die Zahl der zugelassenen Minderheitenwähler zugenommen und zwar hauptsächlich deshalb, weil der spanischstämmige Bevölkerungsanteil größer geworden ist. Ähnlich hat auch in North Carolina und Florida der Anteil der Minderheitenwähler in den vergangenen vier Jahren um ca. vier Prozent zugenommen.

4. Der Geldregen im Wahlkampf

Der »Citizens United vs. Federal Election Commission«-Entscheid des Obersten Gerichtshofes vom Jahre 2010 hat dazu geführt, dass der Wahlprozess mit Geld überflutet wird. Der Oberste Gerichtshof entschied, dass Firmen (»corporations«) rechtlich auch »Leute« seien und dass alle »Personen« das Recht genießen, bei der Förderung von Redefreiheit Geld einsetzen zu können. In Folge dessen haben ein paar Millionäre und sogar Billionäre enorme Geldsummen in politische Kandidaten und ihre persönlichen Interessen investiert. Diese politischen Geldströme laufen zum Großteil anonym ab.

Obwohl natürlich diese Art Geld für politische Kampagnen aufzutreiben allen Kandidaten zugute kommt, profitiert die Republikanische Partei am meisten davon. Vor allem Romney hat auf diese Weise viel Geld von seinen Freunden in der Finanzindustrie erhalten, aus der er ja selber kommt. Man bedenke, dass gerade diese Superreichen der Bank- und Finanzsektoren die Finanzkrise von 2008 und die darauffolgende Rezession mitverursacht haben; daraufhin haben sie vom Staat viel Geld akzeptiert, damit ihnen aus der Finanzkrise herausgeholfen wird; nun aber meinen sie, der Staat solle sich zurückziehen, weniger regulieren, und ihnen wieder wie schon von 2005 bis 2007 das Feld überlassen, da sie von Wirtschaft mehr verstünden.

5. Die Herrschaft der »swing states«

Die Mehrheit der Amerikaner werden im November ihre Stimmen abgeben, im vollen Bewusstsein, dass diese kaum einen Unterschied machen werden. Wie kommt das? Wen ein Wähler nicht in einem der wenigen heiß umkämpften Wahlbezirke wohnt, wo es wirklich um den Einzug ins Repräsentantenhaus oder den Senat geht, zählt seine Stimme wenig, da meist vor der Wahl der Ausgang schon ziemlich klar ist. Obwohl Wählerumfragen immer wieder feststellen, dass die meisten Wähler mit der Arbeit des Kongresses in Washington sehr unzufrieden sind (nur 10 Prozent im Volk sind zufrieden!), werden die meisten Abgeordneten und Senatoren (»incumbents«) wiedergewählt werden. Komischerweise scheinen die Amerikaner die Institution des Kongresses zu hassen, aber ihre persönlichen Abgeordneten zu lieben. Dieser Hass auf den Kongress und Washington hat eine lange amerikanische Tradition. Hat doch der berühmte Mark Twain schon festgestellt: »Lieber Leser, nimm mal an, Du bist ein Idiot. Und dann nimm an, Du bist ein Kongressabgeordneter. Aber jetzt widerhole ich mich.«

Auf der Ebene der Präsidentenwahl ist die Sache sogar noch schlimmer. Die Wahl des Präsidenten ist eigentlich kein Wettkampf auf der nationalen Ebene. Eigentlich ist es

ein Rennen von Bundesstaat zu Bundesstaat. Und wenn ein Kandidat davon ausgeht, dass er in einem Bundesstaat bereits am Gewinnen (oder Verlieren) ist, wird er dort kein großen Anstrengungen mehr unternehmen. Der Mormone Romney kann sich sicher sein, den Mormonenstaat Utah zu gewinnen. Obama wird wohl die Bundeshauptstadt Washington (also den District of Columbia mit seiner schwarzen Mehrheit) und den liberalen Bundesstaat Kalifornien gewinnen. Dort und im erzkonservativen Süden, wo er wenig Chancen sieht, wird er sich wenig anstrengen.

Die Wahl des Präsidenten wird am Ende vielleicht in nur 10 Bundesstaaten entschieden werden: Nevada, Colorado, Florida, Ohio, Wisconsin, Pennsylvania, Iowa, North Carolina, Virginia, und New Hampshire. In diesen Bundesstaaten werden beide Kandidaten die größten Anstrengungen unternehmen und den Großteil ihrer gespendeten Wahlkampfbudgets einsetzen. Die Fernsehanstalten dort werden sich ob der vielen Wahlwerbung freuen. Wenn also ein Wähler nicht in einem dieser Bundesstaaten wohnt, ist die Präsidentschaftswahl für ihn beinahe schon gelaufen. Solche Wähler genießen zumindest den Vorteil, dass sie sich nicht wochenlang die negative Wahlwerbung im Fernsehen ansehen müssen, die düster das Ende Amerikas daherkommen sieht, wenn nicht der eine oder andere gewählt werden wird.

6. Auf die Stammwählerschaft kommt's an

Beide Seiten sind sich im Klaren darüber, wie wichtig die Herbstwahlen sind. Zwischen den Kandidaten Obama und Romney gibt es ungewöhnlich scharfe Trennlinien ihrer jeweiligen ideologischen und politischen Ausrichtungen. Da gibt es kaum Möglichkeiten an den Rändern unscharf zu sein. Beide Seiten werden versuchen, den Opponenten in »Rahmen« einzuzwängen und zu definieren, um dabei ihre eigene Stammwählerschaft zu motivieren. Die Demokraten werden Romney vorwerfen, ein lebensfremder reicher Magnat zu sein, der in den vielen Häusern, die er besitzt, sogar für seine Autos Aufzüge einbaut; in seinen persönlichen Geschäftsbe-


ziehungen Räuberkapitalismus zu betreiben; in der Finanzkrise von 2008 sogar die Autofirma »General Motors« vor die Hunde hätte gehen zu lassen; unentschieden und zögerlich zu sein, da er heute auf der nationalen Ebene nicht mehr ein »Mandat« für alle bei der Gesundheitsversicherung befürwortet, welches er als Gouverneur von Massachusetts selber ins Leben gerufen hat; und wohl auch, dass er keine außenpolitische Erfahrung hat und auf diesem wichtigen Gebiet blauäugig sei. Obamas Vizepräsident Joe Biden hat die Sachlage treffend auf einen Punkt gebracht, als er meinte, der Autoaufkleber für die Demokraten sollte lauten: »General Motors lebt noch; Bin Laden ist tot.«

Auch die Grundstrategie der GOP ist nicht wirklich ein Geheimnis. Man will Obama die Schuld für die hohe Arbeitslosigkeit im Land in die Schuhe schieben. Und obwohl der Oberste Gerichtshof im Juni 2012 Obamas Gesundheitsreform – den »Affordable Health Care Act« – den Stempel der Legalität attestiert hat, werden die Republikaner die Missstimmung im Volk gegen dieses Gesetzeswerk weiterhin für ihre Zwecke ausnützen. Und obwohl Obamas Rettungsanker (»bailouts«) für die Finanz- und Autoindustrie ein Erfolg waren, werden diese Rettungsaktionen in der Volksstimmung nach wie vor abgelehnt und verdammt, da man damals »den Reichen« half, den kleinen Mann aber im eigenen Saft hat schmoren lassen. Zudem werden die Republikaner in ihrer Fernsehwerbung immer wieder auf die bankrotte Solarfirma »Solyndra« zurückkommen, die von der Obama-Administration als »grüne« Vorzeigefirma finanziell großzügig alimentiert wurde. Damit will man Obamas gar nicht so populärer »grünen« Energiepolitik eins auswischen.

Am Ende werden die Republikaner bestimmt auch ihren loyalsten Stammwählerblock mobilisieren wollen, also die weißen christlich-evangelikalen Wähler im Süden und Mittelwesten, obwohl Romney von solchen wahltaktischen Manövern weniger angetan ist. Mit der Betonung der sogenannten »sozialen« Politikinhalt (Empfängnisverhütung &

Abtreibung, Homosexuellenheirat, offene Homosexualität im Militär, Schulgebet, freie Wahl von Schulen) wird Romney seine Stammwähler bei der Stange halten, im Zuge dessen aber unentschiedene und moderate Wähler in der politischen Mitte verlieren.

Voraussage

Obwohl der Autor keine besonderen Sehfähigkeiten besitzt in die Zukunft zu schauen, traut er sich eine Voraussage für den Wahlausgang im November zu machen. Dabei muss man natürlich immer bedenken, dass unvorausehbare externe Faktoren – wie Krieg im Iran oder Syrien oder ein Kollaps des Euro – das politische Klima im Land drastisch verändern könnten und meine Vorhersagen Lügen strafen würden. Ich meine, dass das Repräsentantenhaus in der Hand der Republikaner bleiben dürfte, wahrscheinlich mit einer leicht reduzierten Mehrheit von etwa 230 zu 205. Im Senat wird das Kopf-an-Kopf Rennen unentschieden ausgehen, mit einer 50:50 Sitzverteilung. Obwohl die Volkswirtschaft auch im Herbst nicht aus ihrer derzeitigen Flaute herauskommen wird, was dem Präsidenten natürlich schadet (»it's the economy, stupid«, hat schon Bill Clinton weitsichtig gemeint), sollte Obama mit seinen Vorteilen in »Swing«-Bundesstaaten wie Pennsylvania und Ohio sein Amt behaupten können, und die Präsidentschaftswahl mit einem Vorteil bei den Wahlmännern von 291 zu 247 gewinnen. 

ROBERT L. DUPONT

ist Associate Professor of History
und Senior Research Fellow am CenterAustria,
University of New Orleans; er ist Spezialist
für Stadtgeschichte und vormaliger Dekan
des Metropolitan College.

Übersetzung:

GÜNTER BISCHOF,

University Research Professor und Direktor
des CenterAustria, University of New Orleans

WERKBUNDSIEDLUNG

INTERNATIONALE AUSSTELLUNG WIEN 1932



70 EINGERICHTETE HÄUSER

WERKBUNDSIEDLUNG WIEN 1932

BIS 13. JÄNNER 2013
WIEN MUSEUM KARLSPLATZ
WWW.WIENMUSEUM.AT

GRÖSSTE BAUAUSSTELLUNG EUROPAS

Im Sommer 1932 gab es am westlichen Stadtrand Wiens die »größte Bauausstellung Europas« zu sehen. Die Werkbundsiedlung in Lainz war eine internationale Leistungsschau des modernen Wohnbaus und ein Manifest des Neuen Wohnens. Sie entstand als soziale und ästhetische Utopie von einem besseren Leben aus dem Geist der Moderne – mitten in einer wirtschaftlichen Krise, als sich die politische und kulturelle Verengung der folgenden Jahre bereits abzeichnete.

GIPFELTREFFEN INTERNATIONALER ARCHITEKTEN

Die Gesamtleitung lag bei Josef Frank. 30 Architekten und eine Architektin aus Österreich, Frankreich, Deutschland, Holland und den USA – u. a. Richard Neutra, Gerrit Rietveld und Margarete Schütte-Lihotzky – entwarfen 70 Musterhäuser. Zahlreiche InnenarchitektInnen sorgten gemeinsam mit renommierten Firmen für die Möblierung und Ausstattung der Häuser – als Beleg für das hohe Niveau der Wiener Wohnkultur. Die Häuser sollten Modelle für den Bau großer Siedlungen im Grünen sein. Die Werkbundsiedlung, ein Kind der Siedlerbewegung, antwortete damit auf das Wohnbauprogramm des »Roten Wien«. Den innerstädtischen »Superblocks« stellte Frank als Ideal das Ein - familien- und Reihenhaus mit Garten gegenüber.

GEGEN DEN FUNKTIONALISMUS

Durch den Verzicht auf eine einheitliche Gestaltung und die individuelle und flexible Möblierung reagierten ArchitektInnen und GestalterInnen auf die zeitgenössische Überbetonung von Maschinenästhetik und Funktionalismus. Die Werkbundsiedlung ist deshalb das wichtigste Zeugnis jener undogmatischen Moderne, die Josef Frank propagierte und die für Wien typisch war.

Inklusion durch Solidarität

In der sogenannten Integrationsdebatte erleben wir ein Mainstreaming der Diskussion. Der Slogan »Integration durch Leistung« hat den neoliberalen Wettkampf der AufsteigerInnen und solcher, die es werden wollen, eingeläutet. Eine Suche nach Alternativen von Ilkim Erdost.

In den letzten Jahren hat sich in der österreichischen Integrationspolitik viel gewandelt, wenig zum Positiven. Seit 2011 gibt es ein Staatssekretariat für Integration, allerdings im Innenministerium und von der ÖVP besetzt. Im gleichen Jahr ist eine weitere Verschärfung des Fremdenrechts in Kraft getreten. Abseits gesetzlicher Maßnahmen werden MigrantInnen sichtbarer und beginnen sich im österreichischen Mainstream zu etablieren: ORF-ModeratorInnen mit Migrationshintergrund werden vermehrt eingesetzt, Tageszeitungen beschäftigen junge JournalistInnen mit Migrationshintergrund (wenn auch in eigenen »Integrations-Redaktionen«), die Wirtschaftskammer hat MigrantInnen als ihre Klientel entdeckt, PolizistInnen mit Migrationshintergrund werden gesucht und auch Initiativen wie der Raiffeisen-nahe »Verein Wirtschaft für Integration« beteiligen sich an der Debatte. Nicht mehr nur rechtsradikale ProblematisierInnen stehen FreundInnen des vielfältigen Zusammenlebens gegenüber.

Der politische Mainstream ist in der Integrationsdebatte angekommen. Gleichzeitig wird sichtbar, was ohnehin nur eine Frage der Zeit war: MigrantInnen als quasi selbstverständliche WählerInnen und Stammklientel der SPÖ emanzipieren sich und werden Teil einer Öffentlichkeit abseits der Politik, abseits der sozialdemokratischen bzw. einschlägigen NGO-Szene sowie abseits der Integrationsdebatte. Mainstreaming ist angesagt und das ist nichts Schlechtes (auch die Autorin fühlt sich unwohl bei der Annahme, sie wäre kompetent durch Betroffenheit). An den Beteiligungschancen und wirklichen Rahmenbedingungen ändert das freilich wenig. Aber ist das überhaupt noch das Ziel?

SOZIODEMOGRAFISCHE MIGRANTINNEN UND SOLCHE, DIE ES NICHT MEHR SEIN WOLLEN

Je nach Definition sind ein Drittel bis 44 Prozent der Wiener Bevölkerung MigrantInnen. Als die Begriffe MigrantIn und Migrationshintergrund die/den AusländerIn abgelöst haben, haben sie uns allen einen guten Dienst erwiesen. Es ist gelungen, die unerträgliche Begrenzung der Staatsbürgerschaft aus der Debatte herauszulösen und den Blick für sozioökonomische Zusammenhänge zu öffnen, die für die zweite und teils auch dritte Generation ohne eigene Migrationserfahrung ihre Gültigkeit beibehalten, sprich: Bildungsbeteiligung, Wohnsituation, Einkommensstruktur – der gesamte Index sozialer Mobilität.

Und siehe da: Noch immer ist in Österreichs der Anteil jener MigrantInnen, die lediglich einen Pflichtschulabschluss vorweisen, mit 31 Prozent weit höher als der Vergleichswert bei Personen ohne Migrationshintergrund mit 13 Prozent. Rund 20 Prozent der MigrantInnen, die in Hilfs- und Anlernetätigkeiten beschäftigt sind, haben eine mittlere oder höhere Ausbildung abgeschlossen, insgesamt geben 30 Prozent der Beschäftigten mit Migrationshintergrund an, ihre Abschlüsse in Österreich nicht verwerten zu können. Und viele bundesweite Daten werden nach wie vor nur nach Staatsangehörigkeit unterschieden, wie z. B. die Statistik Austria-Erhebungen über die Einkommensstruktur nach Staatsbürgerschaft. Das Median-Einkommen von türkischen StaatsbürgerInnen fällt jährlich um fast 5.000 Euro geringer aus als jenes der ÖsterreicherInnen (Nicht-ÖsterreichInnen gesamt: 4.000 Euro).

Aus unterschiedlichen Quellen ergibt sich seit vielen Jahren das gleiche Bild: MigrantInnen sind häufiger schlechter ausgebildet, verdienen in der Folge weniger, sind öfter von Arbeitslosigkeit und Armut bedroht. »Wobei diese Situation natürlich zunächst einmal ein Abbild davon ist, dass gerade in Österreich mit seinem selektiven Schulsystem weiterhin Bildungsbenachteiligungen von den Eltern an ihre Kinder »vererbt« werden (...)«, hat Mario Rieder, Geschäftsführer der Wiener Volkshochschulen, an dieser Stelle 2009 hervorgehoben (ZUKUNFT 04/2009). Je weniger die Eltern eines Kindes verdienen bzw. je geringer ihre Ausbildung ist, desto unwahrscheinlicher ist es, dass es eine höhere Ausbildung abschließt (öibf 2009). Bei dequalifiziert beschäftigten MigrantInnen, also Personen, die ihre im Ausland erworbenen Abschlüsse im Job nicht verwerten können, verschuldet Österreich auch aktiv ihre Bildungsbenachteiligung.

Diese Daten werden teils dafür missbraucht, ein falsches Bild zu generieren. Nämlich jenes einer expliziten MigrantInnen-Gruppe, die sich zentrale Merkmale (Bildungsbenachteiligung, Arbeitslosigkeit etc.) teilen und so auch von anderen Gruppen unterschieden werden können. Das sagen die Zahlen nicht. Zumal bei einer derart großen Gruppe der Versuch einer Homogenisierung unweigerlich scheitern muss. Auch unterschiedliche Definitionen des Begriffs machen Schwächen sichtbar. Ob nun ein Großelternanteil, eingewandert vor 80 Jahren aus Süditalien, ausreicht um als MigrantIn gezählt zu werden oder der Wechsel der eigenen Staatsbürgerschaft im Kindesalter, macht sowohl statistisch als auch persönlich einen Unterschied.

Immer häufiger werden nun Stimmen laut, die angesichts der oben genannten großen Anzahl der MigrantInnen sowie dem beschriebenen Missbrauch soziodemografischer Zusammenhänge eine Stigmatisierung durch den Begriff erfahren und daher zur Dekonstruktion einladen. Andere wollen nicht mehr dazu gehören bzw. können die Begriffe »Migrationshintergrund« und »MigrantIn« nicht auf sich und ihre persönli-

chen Lebenswelten beziehen. Außerdem: Wer will schon als »bildungsbenachteiligt« bezeichnet werden?

Bevor wir uns jedoch anschicken, diesen altgedienten Begriff auseinander zu nehmen, folgender Einwurf: Die persönliche Identifikation ist nachrangig. Der Begriff entspringt nicht der eigenen Kreation einer Subkultur oder eines kulturalanthropologischen Diskurses, er dient der soziologischen Analyse und diese Aufgabe erfüllt er ausreichend. Der Migrationshintergrund ist in Österreich nach wie vor in vielen soziodemografischen Dimensionen wirksam.

Damit zeigt er deutliche Handlungsfelder auf und hilft uns überall dort Warnschilder aufzustellen, wo Slogans wie »Integration durch Leistung« die Augen des Publikums glasig werden lassen. Dass sich die persönliche Erfahrung der zweiten und dritten Generation völlig abseits von statistischen Ergebnissen abspielt und dass es keine homogene Gruppe DER MigrantInnen gibt, ist dabei kein Widerspruch. Im Gegenteil: Dort, wo lediglich Daten nach Staatsbürgerschaft aufbereitet werden, fehlt der Blick auf die doppelte Benachteiligung.

INTEGRATION, EIN ALTES ÖSTERREICHISCHES PROBLEM

Es spitzt sich in der Integrationsdebatte ein altes österreichisches Problem zu. Wir wissen, dass unser Bildungssystem selektiv wirkt. Wir wissen, dass sozialer Aufstieg in der Familie und nicht in Schule entschieden wird. Wer trägt also die Verantwortung für soziale Mobilität? Ist es das Individuum, der/die alleinige GestalterIn über ihre/seine eigenen Chancen und Möglichkeiten ist? Ist es die Community, eine örtlich gebundene Gruppe von ethnisch, demografisch, sprachlich zusammengesetzten Personen, die eigenverantwortlich ihre Geschicke steuern? Ist es der Staat, die öffentliche Hand, der/die durch Bereitstellen von geeigneten Angeboten und Maßnahmen die Verantwortung für Chancengleichheit innerhalb eines Verwaltungssystems übernimmt? Für SozialdemokratInnen mag dies wie eine No-Na-Ned-Frage klingen. Ist es aber nicht.

Ein Herzstück der Integrationsvereinbarung, die 2011 neuerlich verschärft wurde, delegiert die Verantwortung, wie z. B. Deutsch zu lernen und wenn nötig vorher ausreichende Basisbildungskennntnisse zu erwerben, an ZuwanderInnen bzw. alteingesessene MigrantInnen und kommt ohne positive Anreize (wie z. B. leichter Erwerb der Staatsbürgerschaft bei Kursteilnahme) aus. Gleichzeitig ist die öffentliche Hand hinsichtlich der Leistbarkeit und Zugänglichkeit der Angebote von der Verantwortung entlassen für kostengünstige, flächendeckende, niederschwellige Kurse zu sorgen.

Das Wiener Modell, in dem durch die Niederlassungsbegleitung (StartWien) ein flächendeckendes, teils muttersprachliches Informations- und Unterstützungsangebot (Bildungspass) für ZuwanderInnen, durch niederschwellige, innovative Angebote, wie z. B. Mama-lernt-Deutsch, und durch die MA 17, der Magistratsabteilung für Diversitätsangelegenheiten, Expertise geschaffen und finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt wurden, muss als Gegenmodell zu dem durch Sanktionen gekennzeichneten Modell der Bundesregierung bezeichnet werden.


Die ArbeiterInnenbewegung hat im vergangenen Jahrhundert mit ihrem Kampf um gleiche Rechte und Chancen Europa im Atem gehalten. In der Zweiten Republik wurde dieser Kampf getragen von sozialdemokratischen Grundwerten, sowie internationalen und anti-faschistischen Prinzipien. Und auch wenn die heutige Zielgruppe sozialdemokratischer Politik nicht auf eine bestimmte Klasse beschränkt werden kann, stehen Personen mit schlechteren Startvoraussetzungen und schlechteren Karten im Zentrum sozialdemokratischer Bemühungen. Erklärtes Ziel ist es, deren Teilhabe an Bildung, am Sozial- und Gesundheitswesen und am erwirtschafteten Wohlstand durch die Solidargemeinschaft und öffentliche Hand zu gewährleisten. Damit stehen sich im dialektischen Diskurs bekannte Thesen gegenüber: Jede/r ist für seinen eigenen Wohlstand selbst vs. der Staat ist für die Bereitstellung von gleichen Chancen verantwortlich.

INKLUSION DURCH SOLIDARITÄT

»Integration durch Leistung« stellt die Rolle staatlicher Verantwortung für soziale Mobilität in Abrede und erkennt keine unterschiedlichen Startvoraussetzungen an. Dieses Prinzip lebt von AufsteigerInnen-Geschichten (wie den Top 100-MigrantInnen) und vom neoliberalen Mythos, dass es nur an mir selbst liegt, ob ich die Uni abschließe oder ein erfolgreiches Unternehmen führe. Die Werte der Sozialdemokratie verpflichten die SPÖ hier ein Gegenmodell zu entwerfen. Schließlich ist die SPÖ die einzige parlamentarische Kraft, die sich für die soziale Frage zuständig fühlt. Auf Basis sozialdemokratischer Grundwerte gilt es daher, dem Prinzip »Integration durch Leistung« das Prinzip »Inklusion durch Solidarität« entgegenzustellen. Diese Auseinandersetzung ist das Kernelement der sogenannten Integrationsdebatte.

Kulturelle, religiöse und ethnische Unterschiede sind hierbei zweitrangig. Die politische Solidarität mit einkommensschwachen und bildungsbenachteiligten Gruppen lässt sich nicht entlang kultureller, religiöser und ethnischer Unterschiede teilen oder portionieren. Das soll jedoch nicht heißen, dass feministische und säkulare Prinzipien in den Hintergrund treten. Es bleibt eine politische Aufgabe, für die Gleichstellung der Geschlechter, die freie Entfaltung individueller Teilhabe und Lebensentwürfe und die Trennung von religiösen Lehren und staatlicher Ordnung einzutreten, egal in welcher Bevölkerungsgruppe. Soll die Schule eingreifen, um einem jungen Mädchen die Teilnahme an der Schiwoche zu ermöglichen? Ist es gerechtfertigt, ein Burkaverbot zu verlangen?

Dies sind brisante Fragen des Zusammenlebens und der Teilhabe. Sie ändern nur nichts an den zentralen und drängenden sozial- sowie bildungspolitischen Herausforderungen. Der Begriff der Inklusion erkennt die (sub)kulturelle Vielfalt wertschätzend an und versteht Heterogenität als gesellschaftliche Normalität. Inklusion hilft uns daher, klarer die Grenzen staatlich geregelten Zusammenlebens zu erkennen und einander auf Augenhöhe zu begegnen. Es braucht dafür keinen

kulturellen Änderungs- und Anpassungsanspruch der Aufnahmegesellschaft mehr. Und was bedeutet das Prinzip »Inklusion durch Solidarität«, wenn ein Mädchen nicht am Sportunterricht teilnehmen darf, weil ihre strengreligiösen Eltern es verbieten? Dass was es für jedes Abwägen zwischen persönlichen, erzieherischen Freiheiten der Eltern und der Schulpflicht und den Teilhabechancen des Mädchen heißt: Abwägen und im Zweifelsfall das Private politisch benennen. 

ILKIM ERDOST

ist Direktorin der Volkshochschule Ottakring.

Kinder mit Statushintergrund

Integration ist, so lautet Martin Schenks These, auch immer eine Frage sozialer Rangordnung. Er wendet sich in seinem Beitrag gegen die Kulturalisierung sozioökonomischer Fragen sowie gegen die politische Ignoranz, hunderttausendfache Erfahrungen sozialer Unsicherheit und Kontrollverluste und deren Zusammenhang mit Abwertungs- und Ausgrenzungsideologien auszublenden.

Es ist eine hysterische Debatte. Kaum eine Debatte wird privat und öffentlich so emotional und unsachlich geführt wie die Frage der Integration von »Menschen mit Migrationshintergrund«. Und die Halbwahrheiten und Irrtümer, die dabei von allen Seiten aufs Tapet gebracht werden, verfestigen und vertiefen die Probleme weiter: Die Verwechslung von Relativismus mit Toleranz, die Politisierung von Identität und Religionszugehörigkeit, die Kulturalisierung sozioökonomischer Fragen und die Ignoranz gegenüber den (Status-)Kränkungen und Ohnmachtsgefühlen der Bevölkerung.

So werden die wichtigen Fragen, die hinter den Konflikten stecken, verschluckt: Bildung, Gesundheit, Arbeitsmarkt, Wohnen, Menschenrechte, soziale Rangordnungen, sozialer Abstieg, Ohnmacht, Anerkennung. So spricht man über die Anderen immer als Andersartige, macht Zugewanderte fremder, als sie sind, und Hiesige heimischer, als sie es je waren. Oder lässt sich die Anderen mittels eines romantischen Kulturalismus kulinarisch auf der Zunge zergehen. Alles ist »Kultur«. Wir sind kulturversessen und verhältnisvergessen. Wir reden zu viel über »Kultur« und zu wenig über die Verhältnisse: Arbeitsmarkt, Aufstiegschancen, Bildung und Geld. Wir verwandeln Ungleichheit in Differenz und Gesellschaft in »Kultur«. Wir reden über »Kultur«, um über die Verhältnisse zu schweigen.

Da ist zuerst die soziale Frage. Der soziale Status hat einen großen Anteil an der Erklärung der Unterschiede, manchmal sogar bis zu hundert Prozent. »It's the economy stupid!«, hätte Bill Clinton gerufen. Nicht der Migrationshintergrund ist prägender Faktor, sondern die sozialen wie ökonomischen

Verhältnisse sind der Angelpunkt. Ob *working class* oder nicht, ob gute berufliche Position oder nicht, ob arm oder reich, ob Bildung oder nicht, ob Einfluss oder nicht: Der Statushintergrund macht viel aus. Das zeigt sich beispielsweise bei der Gesundheit. Besonders ausgeprägt sind bei Einkommensschwächeren die Erkrankungen des Bewegungsapparates, des Stoffwechsels und des Herz-Kreislauf-Systems.¹ Das sind genau jene Erkrankungen unter denen ältere MigrantInnen am meisten leiden.

Der Effekt des Krankwerdens hat hier mit der sozialen Lebenslage zu tun. Das zeigt sich auch in der Schule. Nicht die ethnische Herkunft, sondern der soziale Status erklärt einen großen Teil des Schulerfolgs. SchülerInnen aus Haushalten mit geringer Bildung erhalten bei gleicher Leistung die schlechteren Noten. Bei gleicher Lesekompetenz fassen sie die deutlich schlechteren Noten aus. Und umgekehrt bekommen Schüler aus universitärem Elternhaus bei gleichen Kompetenzen die besseren Beurteilungen. Beim Übertritt von der Volksschule ins Gymnasium spielt sich dasselbe ab. Bei gleicher Lesekompetenz wechseln 67% der SchülerInnen mit Akademiker-Eltern in die AHS, 40% mit Matura-Eltern, aber nur 22% der SchülerInnen aus Haushalten mit Pflichtschulabschluss.² Da eine große Zahl von Kindern mit Migrationshintergrund aus Elternhäusern kommt, die geringe Bildungsabschlüsse haben, trifft sie das besonders. Hier geht es um Bildungs- und Statushintergrund.

SOZIALE DISTANZ

Ablehnung und »Ausländerfeindlichkeit« sind in einem überwiegenden Ausmaß Machtspiele um die Rangordnung in der Gesellschaft. Zum Ausländer wird, wer auf sozialer Distanz

1. Siehe Nikolaus Dimmel, Karin Heitzmann & Martin Schenk: Handbuch Armut in Österreich, 2009 sowie Michaela Moser & Martin Schenk: Es reicht! Für alle! Wege aus der Armut, 2010.
2. Günther Haider: Schule und Chancengerechtigkeit, 2010.
3. Zitiert nach Brigitte Hamann: Hitlers Wien, 1998, 445.
4. Jonathan B. Freeman et al.: Looking the Part: Social Status Cues Shape Race Perception, 2011.
5. Robert Castel: Die Metamorphosen der sozialen Frage. Eine Chronik der Lohnarbeit, 2000.

gehalten werden soll. Dauerhafte Armut anderer wird im selben Maße wie sozialer Aufstieg von der jeweils bessergestellten Gruppe als Bedrohung interpretiert. Integration ist immer auch eine Frage sozialer Rangordnung. Je weniger sozialer Aufstieg, desto befremdender. Für alle.

Hier ist das Merkmal zur Unterscheidung der Menschen in gute und schlechte: das Geld. Wer es hat, der ist kein Fremder, wem es abgeht, der wird zum Fremden. Wer auf Dauer »unten« bleibt, ist fremder als jemand aus der derselben Herkunftskultur mit gehobenem Lebensstil. So verstärkt sich Be-Fremdung. Wer als »Ausländer« definiert wird, ändert sich ständig. Vor hundert Jahren waren die MigrantInnen aus Tschechien »die Ausländer«. Besonders beklagte man sich über ihre mangelnde Anpassung, ihre Rückständigkeit, die »dreckigen« Wohnverhältnisse und ihre Herkunft aus der Landwirtschaft (»Bauerntöpel«). Die Deutschnationalen meinten, die »Vertschechung der Stadt käme einem Kultur-rückschritt gleich«, und außerdem würde der Fremdenverkehr abgeschwächt, »wenn die Straßen Wiens durch tschechischen Pöbel unsicher gemacht werden«.³

Wenn Sie in einer Gesellschaft aufwachsen, in der nur wenige Mitglieder einer Minderheit sowie nur wenige Frauen einen gehobenen Beruf ausüben, die Mitglieder dieser Gruppe also mehrheitlich niedrige Tätigkeiten verrichten, werden Sie, einfach weil Sie in dieser Gesellschaft leben, eher bestimmte (negative) Ansichten über die Fähigkeiten von Minderheiten und Frauen entwickeln.

Teilnehmer_innen eines Experiments an der Stanford Universität⁴, USA, wurden gebeten, die ethnische Herkunft von Gesichtern zu bestimmen, die sie auf Computerbildern zu sehen bekamen. Personen, die Anzug und Krawatte trugen, der Geschäftswelt zuzuordnen waren, wurden eher als »weiß« eingestuft; Gesichter mit Kleidung aus der Welt der Portiere und Hausangestellten als eher »schwarz«. Es waren aber dieselben Gesichter. Einzig ihr sozialer Status und ihre

berufliche Position ließ die einen »schwärzer« bzw. »weißer« als die anderen erscheinen.

ARENA DER ANERKENNUNG

Das ist das Grundthema von Ängsten, Ablehnung, Feindlichkeit in den europäischen Wohlfahrtsstaaten: Es geht um die Aufrechterhaltung des sozialen Abstands zu den Dazugekommenen. In schwierigen und weniger schwierigen Zeiten ist das für alle erfahrbar durch die Sorge um den eigenen sozialen Status. Früher hatten die Eltern zu ihren Kindern gesagt, du sollst es einmal besser haben.

Jetzt sagen sie, hoffentlich wirst du es nicht schlechter haben. Robert Castels Analyse zufolge, spaltet die zunehmende Prekarisierung die Gesellschaft in verschiedene Zonen mit unterschiedlichen Sicherheitsniveaus auf: eine schwindende »Zone der Integration«, eine wachsende »Zone der Verwundbarkeit« und eine sich verfestigende »Zone der Entkopplung«.⁵ »Wer nimmt mich mit über fünfzig im Gastgewerbe, es wird immer schwieriger.« Ohne Murren alles gemacht zu haben, zählt plötzlich nicht mehr. Die Vereinbarung, dass Fleiß und notwendige Unterordnung bei der Arbeit mit sozialer Sicherheit und Anerkennung belohnt werden, ist aufgekün-digt. Ausbildung, Fleiß, Entsagungen, Treue – all das schützt nicht vor Abstieg. Das nehmen die Betroffenen als eklatanten Verstoß gegen die Fairness wahr, als eine tiefe Verletzung und Kränkung. All das löst schwere Ohnmachtsgefühle aus.

Es geht um relative Verschlechterungen und Gefährdungen. Es gibt eine klare Verbindung zwischen Unsicherheit und Kontrollverlust auf der einen sowie Abwertung- und Ausgrenzungsideologien auf der anderen Seite. Diese Abstiegserfahrungen von hunderttausenden von Menschen werden öffentlich nicht wahrgenommen. Ihre Situation wird heruntergespielt, mit leeren Parolen zugedeckt. Die Ignoranz rächt sich spätestens dann, wenn in dieser Arena des Kampfes um Anerkennung, die Demagogen und Hetzer das alleinige große Wort führen.

KULTURALISTISCHER KURZSCHLUSS

In der Debatte wurde in den letzten Jahren aus Ungleichheit Differenz und aus Gesellschaft Kultur gemacht. Alles ist Kultur. Der Schriftsteller Feridoun Zaimoglu bemerkt: »Dass man über die Ethnie und über den Glauben der Menschen spricht, hat ja nichts mit mir zu tun, sondern mit dem fremden Blick auf mich. Seltsam schon, dass ich mir manchmal wie ein Ethnologe vorkomme. Ich beschreibe ja die meiste Zeit nicht mich, sondern Figuren aus dem Gruselkabinett, aus dem Völkerkundemuseum, in das dann Eingeborene oder die Einheimischen hineingehen.«

»Ich bin nicht hauptberuflich Migrantin«, ergänzt die Journalistin Münire Inam. Da hat sich eine Art Ausländerfetischismus entwickelt, ein Verständnis von Integration als ewiger Migrantismus. Menschen ohne Bekenntnis haben höhere Bildungsabschlüsse als Katholiken in Österreich. Kulturalistischer Kurzschluss: Um ökonomisch fit für die Zukunft zu sein, müssten wir die Katholiken zurückdrängen, um die Bildungsquote zu erhöhen. Die letzten Terroranschläge in Österreich wurden von einem Katholiken aus der Südsteiermark, Herrn Franz Fuchs, verübt und mit der Verteidigung des christlichen Abendlandes in den Bekennerbriefen begründet. Kulturalistischer Kurzschluss: Achtung vor der Gefahr christlichen Terrors in Österreich.

Patriarch ermordet Frau. Der Macho hat einen türkischen Namen. Kulturalistischer Kurzschluss: Das ist kein Mord, sondern ein Kulturdelikt. Macho hält Frau im Keller gefangen. Sein Name ist Fritzl oder Prikopil. Kulturalistischer Kurzschluss bleibt aus: ein verrückter Einzeltäter.

WIR NEHMEN UNS DIE KULTUR, WIE WIR SIE BRAUCHEN

Der Nobelpreisträger und Wirtschaftswissenschaftler Amartya Sen hat diesen Zwang zur Eintopf-Identität als »pluralen Monokulturalismus«⁶ bezeichnet. Das meint, dass ganze Bevölkerungsgruppen von einer einzigen Kultur und einer einzigen

Identität ausgehen, derer sich alle einzufügen haben. Sie kann durch Blut, Herkunft oder Religion bestimmt sein. Oft ist die Verteidigung des Multikulturalismus nichts anderes als ein Plädoyer für den pluralen Monokulturalismus, da muss man genau hinhören und genau hinschauen.

Menschen erwerben Rechte aber durch ihr Menschsein, nicht durch die Zugehörigkeit zu einer Religion, Kultur oder Herkunft. Wird das umgedreht, schnappt die Kulturalismus-Falle zu. Als was du geboren wurdest, das bist du. Einmal Ausländer immer Ausländer. Sie fasst deshalb auch den Integrationsbegriff kulturalistisch. Der Zugang zu Wohnungen, die nicht feuchten Substandard darstellen, wird so als kulturelles Recht definiert – und nicht als soziales Grundrecht. Dasselbe bei Familienzusammenführung, Sozialhilfe, sozialen Aufstiegschancen, Mitbestimmung. So werden »Armländer« immer zu »Rausländern«.

Der religiöse Kulturalismus funktioniert so wie der völkische: Als was du geboren wurdest, das glaubst du. Menschen müssen aber die Freiheit haben, sich gegen (religiöse) Herkunft oder traditionsbedingte Vorgaben entscheiden zu können. Das ist Grundlage für die demokratische Verfasstheit einer Gesellschaft.

Glaubende, ob sie zu Gott, Jahwe oder Allah beten, sind immer auch Frauen und Männer, Arme und Reiche, Privilegierte und Benachteiligte, Mächtige und Ohnmächtige. Das ist wichtig, weil es zeigt, dass wir als Menschen mehrere Identitäten mit unserer je eigenen Geschichte, unseres Geschlechts, unserer Schichtzugehörigkeit, unseres Berufes aufweisen. Und Menschen entscheiden können, dass ihre ethnische oder kulturelle Zugehörigkeit weniger wichtig ist als ihre politische Überzeugung, oder ihre beruflichen Zusammenhänge, oder ihre Rolle als Frau, oder ihre gewählten Freundschaften.

Die Kulturalisierung des Integrationsbegriffs dient dazu, nicht über Menschen- und Bürgerrechte reden zu müssen. Es

6. Amartya Sen: Die Identitätsfalle. Warum es keinen Krieg der Kulturen gibt, 2007, 127.
7. Annita Kalpaka: Pädagogische Professionalität in der Kulturalisierungsfalle, in: Rudolf Leiprecht und Anne Kerber (Hrsg.): Schule in der Einwanderungsgesellschaft, 2009, 388.

drängt sich der Verdacht auf, dass über Kulturen gesprochen wird, weil nicht über Menschenrechte gesprochen werden soll. Zwangsverheiratung sollte genauso diskutiert werden wie die Menschenrechtssituation in der Schubhaft, sogenannte Ehrenmorde genauso wie Männergewalt in der Familie, mangelnde Bildungschancen genauso wie die fremdenpolizeiliche Trennung von binationalen Ehepaaren.

Der »plurale Monokulturalismus« unterscheidet sich nicht grundlegend vom Kampfprogramm religiöser Fundamentalisten. Denn beide sind miteinander verfreundete Feinde.

»Kultur« kann aber auch dazu dienen, politische Versäumnisse oder systemische Defizite wegzuerklären. Eine Mitarbeiterin des Gesundheitsamts erzählt von vielen kranken Familien, die zu ihr kommen, fast ausschließlich aus der Türkei. Die Pädagogin Annita Kalpaka⁷ fragt sie nach den Hintergründen. Schlechte Wohnungen, feuchte Wände, krankmachende Arbeit zählt die Frau vom Gesundheitsamt auf. Als Unterstützung wünscht sie sich mehr über Religion und Kultur zu erfahren, um besser mit ihren KlientInnen umgehen zu können. Ihr Rückgriff auf Kultur löst aber nicht das Problem der Familien, scheint aber machbarer, nahe liegender zu sein statt das ferne »Politische«, Strukturelle anzugehen; nämlich die schlechten Wohnverhältnisse zu verändern. Auf der Strecke bleiben die Lebensbedingungen, die Verhältnisse, die konkreten systemischen Zusammenhänge. Wir reden über Kultur, um über die Verhältnisse zu schweigen. Das haben wir auch im Gesundheitsbereich gefunden. Was als Kulturargument daher kommt, entpuppt sich bei näherer Betrachtung als Frage der Berufshierarchie im Spital und der Organisationsabläufe im Krankenhaus.

Es ist ehrlicher und auch hilfreicher nicht von nebulösen Kulturen, sondern vom Tun der Menschen unter bestimmten Lebensbedingungen auszugehen. So werden Menschen lebendig, als Handelnde, als Subjekte und nicht als permanentes Opfer, oder als Kulturmarionette, oder als Objekt der

Fürsorge – und lebendig werden gleichzeitig die sozialen und strukturellen Lebensbedingungen.

TEUFELSKREISE

Die Staaten in Europa haben unterschiedliche wohlfahrtsstaatliche Regelungen, die sich zu Typen zusammenfassen lassen. Österreich und Deutschland gehören dem »kontinentalen« Sozialstaatsmodell an mit der Betonung von Sozial- und Statusversicherung. Das »universelle« Modell baut stärker auf soziale Bürgerrechte, die für alle und individuell gelten. Diesem werden die skandinavischen Länder zugerechnet.

Der Sozialstaat »liberalen« Typus wie Großbritannien wiederum fokussiert auf bedarfsgeprüfte Sozialfürsorge auf einem niedrigen Niveau. Weiters wird noch das südeuropäische Modell mit Portugal, Griechenland oder Spanien unterschieden und das postkommunistische, das Reformstaaten wie Bulgarien oder Polen umfasst. Da findet sich ein Mix aus liberalen, kontinentalen und universellen Elementen, die mehr oder weniger rechtlich verankert und entwickelt sind. Insgesamt erzielen bei Fragen des sozialen Ausgleichs, bei Armutsvermeidung und geringer Arbeitslosigkeit die universellen und kontinentalen Sozialstaaten die besten Ergebnisse. Die liberalen Modelle sind gut bei wenig Arbeitslosen, aber schlecht bei Armutsvermeidung und sozialem Ausgleich.

Wie schneiden nun aber SchülerInnen mit Migrationshintergrund in den verschiedenen Sozialstaaten ab? Betrachten wir den Erwerb von Wissen und Fähigkeiten, also wie die Leistungen der SchülerInnen aussehen, dann schneiden Lettland, Irland, Großbritannien, Schweden und Dänemark gut ab. Schlechte Werte erzielen Belgien, Deutschland, die Niederlande und Österreich. Ähnlich sind die Ergebnisse, wenn wir untersuchen, in wie hohe Klassenstufen es Migrantenkids schaffen. Das kontinentale Modell erzielt auch hier die schlechtesten Ergebnisse. Die Analyse zeigt, dass das kontinentaleuropäische Wohlfahrtsmodell in den Schulleistungen und beim Aufstieg in höhere Klassenstufen mit einem Ge-

samtwert von 42,5 bzw. 30,9 deutlich schlechter abscheidet als die liberalen wie universellen Länder mit 76,2 bzw. 98,2⁸ Punkten.

Wie stark die sozialpolitischen Rahmenbedingungen und die spezifische Ausgestaltung des Arbeitsmarkts wirken, wurde bisher in der Debatte vernachlässigt. Das schlechte Abschneiden des kontinentalen Wohlfahrtsmodells hat mit der niedrigen beruflichen Position von MigrantInnen in diesen Ländern zu tun. Auch mit häufiger geringer Bildung. In Österreich zeigt sich die Besonderheit, dass sogar bei hoher Bildung der Eltern keine gute berufliche Positionierung von jugendlichen MigrantInnen gelingt. Außerdem hinderlich ist ein selektives Schulsystem, das aussondert. Hier entsteht ein Teufelskreis. Die Schulleistungen der Kinder hängen stärker vom Beruf der Eltern ab. Gleichzeitig befinden sich im kontinentalen Modell die Eltern in geringeren beruflichen Positionen, und diese haben wiederum in aussondernden Schulsystemen einen stärkeren Effekt auf die Schulleistung.

VON SCHLÜSSELN UND SCHLÖSSERN

Was klar wird: Entscheidend ist ein multidimensionaler Ansatz, wichtig ist die Fähigkeit in Zusammenhängen zu denken. Deutschlernen sei der Schlüssel zur Integration, heißt es. Die Sache ist aber komplizierter, sonst müssten die Jugendlichen in den Pariser Vorstädten bestens integriert sein, sprechen sie doch tadellos französisch, es fehlt aber an Jobs, Aufstiegsmöglichkeiten, Wohnraum, guten Schulen. Ein Schlüssel braucht immer auch ein Schloss. Die einen investieren nur in Schlüsseln, die anderen nur in Schlössern, und dann wundern sich alle, dass die Türen nicht aufgehen. So zeigen alle Untersuchungen: Die Verwertung der Bildung ist meist das größere Problem als es die Erlangung der Bildung selbst schon war.

Wenn man nachrechnet, dann sieht man, dass vom gesamten sozialen Unterschied zwischen der Bevölkerung mit in Drittstaaten absolvierter Bildung und der Bevölkerung mit im Inland geborenen Eltern nur ungefähr ein Drittel auf den

Bildungsunterschied entfällt, rund zwei Drittel aber auf ungleiche Chancen am Arbeitsmarkt bei gleicher Bildung. Was Integration heißt, ist ein Machtspiel, ein Positionsspiel. Ein guter Indikator dafür, auf welcher Position in der Gesellschaft ich mich befinde, ist die Arbeitssuche.


Welcher Personengruppe wird bei Bewerbungsschreiben bzw. -gesprächen der Vorrang vor einer anderen gegeben: Geschlecht, bestimmtes Alter, Aussehen, Auftreten, Akzent. Das entscheidet. Wir sind es gewohnt, andere sozial einzuschätzen: Wie reden sie, wie sind sie angezogen, was lesen sie, welche Fernsehsendungen sehen sie, was essen sie, welche Musik hören sie, welches Auto fahren sie? »Bildung hört man mehr, als man sie sieht. Den materiellen Besitzstand sieht man dagegen eher, als dass man ihn hört«⁹, bringt es der Sozialwissenschaftler August Gächter auf den Punkt.

Bei Bewerbungsgesprächen regiert die »gehörte Bildung« mit Namen und Akzent, dann erst die wirkliche Qualifikation. Versuche mit unterschiedlichen Absendernamen bei Bewerbungsbriefen haben die Kriterien für Einladung oder Desinteresse gezeigt: Michael ja, Mustafa nein.

In den letzten Jahren verzeichnete Österreich eine höher qualifizierte Zuwanderung, die kaum wahrgenommen wird. Drittstaatenangehörige müssten ihrer Ausbildung entsprechend eigentlich um dreißig, Eingebürgerte um zwanzig Prozent mehr verdienen. Sie werden weit unter ihrer Qualifikation beschäftigt. Wenn also die wichtige Funktion der Bildung betont wird, dann muss auch ihre reale Verwertung auf dem Arbeitsmarkt Thema sein. Wenn mehr qualifizierte Zuwanderung gefordert wird, dann muss man zumindest darauf hinweisen, dass es diese seit zwanzig Jahren gibt, sie aber nicht zur Kenntnis genommen wird.

Wenn davon gesprochen wird, dass wir ab jetzt nur mehr Hochqualifizierte als ZuwanderInnen brauchen, dann muss auf den Widerspruch der großen Nachfrage im Niedriglohn-

8. Johann Bacher und Christine Stelzer-Orthofer: Schulsysteme, Wohlfahrtswelten und schulische Integration von Kindern mit Migrationshintergrund, in: Bettina Leibetseder und Josef Weidenholzer (Hrsg.): Integration ist gestaltbar, 2008, 65–89.
9. August Gächter: Richtig über soziale Mobilität reden. Arbeitspapiere Migration und soziale Mobilität, Nr. 4, 2007.

sektor verwiesen werden. Und der Druck zur Sprache kommen, der mittlerweile Bessergebildete dazu zwingt, im untersten Sektor zu arbeiten. 

MARTIN SCHENK

ist Sozialexperte der Diakonie und Mitbegründer der Armutskonferenz. Seine jüngste Publikation »Die Integrationslüge. Antworten in einer hysterisch geführten Auseinandersetzung« erschien im Deuticke-Verlag.

Sind die Banken noch zu retten?

Ein heftiger publizistischer Streit deutscher Ökonomen, an deren Spitze IFO-Chef Hans-Werner Sinn bzw. der wirtschaftsweise Peter Bofinger standen, sorgte in den vergangenen Monaten auch in Österreich für Aufsehen. Josef Falkinger argumentiert, dass sich in der Debatte eine allgemeine Ratlosigkeit widerspiegeln, wie mit der europäischen Banken- und Staatsschuldenkrise umzugehen sei.

Der Aufruf zum Protest, in dem sich 160 Wirtschaftswissenschaftler im Gefolge von Hans-Werner Sinn im Juli gegen eine Bankenunion, also gegen eine kollektive Haftung für das europäische Bankensystem aussprachen, ist vor allem auf Grund seiner nationalistischen Untertöne besorgniserregend. Schon die Selbstdefinition der Unterzeichner als Wirtschaftswissenschaftler der deutschsprachigen Länder ist seltsam. Vom Standpunkt wirtschaftspolitischer Interessen betrachtet hat beispielsweise die deutschsprachige Schweiz oder gar das Fürstentum Lichtenstein mit Deutschland viel weniger zu tun als etwa die Niederlande. Wenn man nicht an eine mystische Schicksalsgemeinschaft der deutschen Zunge glaubt, kann man sich schon die Frage stellen, was der Schweiz oder Österreich den Vorrang gegenüber Finnland und den Niederlanden gibt.

Wirtschaftswissenschaftlich falsch ist die Einteilung in sogenannte »solide Staaten« und »Krisenstaaten«, die im Protestbrief vorgenommen wird. Es wird hier einfach so getan, als wäre das deutschsprachige Banken- und Finanzsystem gesund oder als könnten die deutschsprachigen Länder ohne den Exportmarkt der sogenannten Krisenstaaten weiterhin bei ihrer bisherigen Wachstumsstrategie bleiben. Zudem wird übersehen, dass die sogenannten soliden Länder die Schuldenpolitik der Krisenländer jahrelang unterstützt und ermöglicht haben, eben um sich damit einen Exportmarkt zu halten.

Wer mit der Geschichte Europas und der aktuellen politischen Lage auch nur einigermaßen vertraut ist, muss schlussendlich wissen, dass ein Bruch Deutschlands mit den sogenannten Krisenländern auch zu einem Bruch der deutsch-

französischen Achse führen muss, und dass für die Folgen eines solchen Bruches, der in der Vergangenheit die Grundlage für zwei große und mehrere mittlere Kriege bildete, niemand die Verantwortung tragen kann.

DIE GEGENPOSITION

Dementsprechend verurteilt der Gegenappell des wirtschaftswissenschaftlichen Peter Bofinger und anderer Ökonomen den Aufruf zum Protest völlig zu Recht als verantwortungslos. Bofinger stellt auch richtigerweise fest, dass eine Pleite der spanischen und griechischen Banken nicht nur der Wall Street und der City of London schade, sondern auch eine Pleitewelle französischer und deutscher Banken auslösen könne.

So richtig die Position von Bofinger in Bezug auf die nationalistische Perspektive der Sinn-Anhänger ist, so schwach ist sie in Bezug auf die Kritik an der sozialen Unausgewogenheit der Bankenrettungspakete. Es wird zwar angedeutet, dass eine Bankenunion auch eine Bankenregulierung miteinschließt, aber konkrete Maßnahmen fehlen.

Bofinger kritisiert die Ansicht von Sinn, dass die staatliche Stützung der Banken vermögende Investoren zu Lasten der Allgemeinheit von der finanziellen Verantwortung für die Krise frei spreche. Bofinger bringt als Argument das *Troubled Asset Relief Program* (TARP) der Bush-Administration. Nun stimmt es zwar, dass von den 245 Mrd. US-Dollar Steuergeld, die im Zuge des TARP an Banken geflossen sind, bereits 169 Mrd. US-Dollar zurückgezahlt wurden. Das TARP kann aber nicht isoliert von der gesamten Bankenrettungspolitik der USA bewertet werden, in deren Rahmen der amerikanische

Steuerzahler bis heute Garantien im Wert von 7,7 Billionen us-Dollar für Banken übernommen hat. Diese Garantien sind jedenfalls eine Bürde für die öffentliche Hand, denn sie spielen eine große Rolle bei der Beurteilung ihrer Kreditwürdigkeit eines Staates durch die Finanzmärkte. Kurz, hohe Garantien führen zu hohen Zinsen für die Staatsverschuldung, die wiederum den öffentlichen Haushalt belasten. Ganz zu schweigen davon, was auf den Steuerzahler zukommt, wenn die Banken trotz staatlicher Garantien in die Pleite trudeln und die Haftungen fällig werden.

Das TARP ist auch wenig geeignet zu zeigen, dass die Finanzinvestoren in den USA zur Verantwortung gezogen wurden. Wahr ist, dass die Obama-Administration gewisse Beschränkungen für Bonifizierung an Manager von öffentlich gestützten Banken einführte. Die Finanzinvestoren an sich wurden jedoch ganz und gar nicht an den Kosten der Bankenrettung beteiligt. Damit sind das TARP und die anderen Garantien ein Paradebeispiel dafür, wie die Investoren, die das Risiko eingehen, eben dieses Risiko gar nicht tragen müssen, wie die Verantwortlichen aus der Verantwortung entlassen werden.

Gerade das TARP führte zu einer neuen Spekulationswelle mit hochriskanten Finanzprodukten wie CDOs (*Collateralized Debt Obligations*), zu einer neuen Blüte eben jenes Investmentbankings, das die eigentliche Hauptverantwortung am Ausbruch der Weltwirtschaftskrise trägt. Auch der Gegenappell muss sich den Vorwurf der Verantwortungslosigkeit gefallen ablassen.

GIBT ES EINE DRITTE POSITION?

Es stellt sich die Frage nach einer Synthese der beiden scheinbar unversöhnlichen Positionen, die ihre jeweiligen positiven Seiten aufgreift und miteinander verbindet: Gibt es eine Lösung, die sozial ausgewogen ist ohne den Nationalismus zu befördern? Gibt es eine Bankenrettung, die Finanzinvestoren zur Kasse bittet? Ich denke schon. Der Grundfehler an der aktuellen Diskussion liegt meines Erachtens in dem Irrglauben,

dass eine Bank zur Gänze gerettet werden muss, sobald sie als systemrelevant gilt. Diese absolute Position führt schnell zu einer ebenso absoluten Ablehnung jeglicher Form von Bankenrettung. In Wirklichkeit liegt die Wahrheit dazwischen. Würde der Staat nur diejenigen Teile von bankrotten Banken retten, die wirklich systemrelevant sind, nämlich die Einlagen der kleinen und mittleren Sparer und das für die Realwirtschaft wichtige Kreditgeschäft, könnte er gleichzeitig vermögende Investoren von der Rettung ausnehmen.

Dazu ist es notwendig, die Abwicklung von Bankenpleiten von einer gerichtlichen zu einer politischen Frage zu machen. Die Forderung namhafter Ökonomen, zukünftig die Finanzmarktaufsicht anstatt der Gerichte mit dem Abwicklungsprozess zu betrauen, geht sicher in die richtige Richtung. Es geht aber um mehr: Ohne staatliche Hilfen und Garantien sind nahezu alle Banken konkursreif. Beispielsweise ist der für Banken lebensnotwendige Interbankenkreditmarkt ohne staatliche Eingriffe seit 2008 nicht mehr funktionsfähig. Die Abwicklung insolventer Banken bedeutet in letzter Konsequenz die Abwicklung des gesamten Bankensystems in seiner jetzigen Form. Sie muss auf nationaler, europäischer und letztlich internationaler Ebene angegangen werden muss. Es ist unumgänglich, dass in dieser Frage einzelne Länder vorsehen müssen, da es die Dringlichkeit verbietet, auf konsensuale Beschlüsse zu warten.

VERLUSTE SOZIALISIEREN – GEWINNE PRIVATISIEREN?

Als nächstes stellt sich die Frage, was mit den systemrelevanten Teilen des maroden Bankensystems nach einer Rettung durch den Staat passieren soll? Hier gibt es den Vorschlag, den profitablen Teil zu privatisieren und den verlustbringenden Teil als Bad Bank zu verstaatlichen. Ich halte diese Lösung für falsch, da sie darauf hinausläuft, Verluste zu sozialisieren, während die Gewinne privatisiert werden. Der Staat beraubt sich zudem damit der Möglichkeit, das Bankensystem so zu reorganisieren, dass es seiner eigentlichen Funktion gerecht wird: die Disso-

nanzen in der Entwicklung der Realwirtschaft auszugleichen, anstatt sie zu verschärfen. Rufen wir uns eines in Erinnerung: Das Bankensystem war von 1945 bis in die 80er Jahre in der gesamten westlichen Welt staatlich oder halbstaatlich organisiert. In den USA übte der Staat seine Leitungsfunktion nicht als Eigentümer, sondern als Gesetzgeber mit Hilfe eines Korsetts an Regulierungen aus. Die Performance dieses staatlichen oder semistaatlichen Bankensystems kann sich sehen lassen, vor allem wenn man sie mit der Performance der Privatbanken zwischen 1990 und 2008 und zwischen 1918 und 1929 vergleicht. Ein langanhaltender realwirtschaftlicher Aufschwung steht hier zwei dramatischen Weltwirtschaftskrisen gegenüber. Auch heute ist das staatlich gesteuerte Bankensystem einer der großen Wettbewerbsvorteile Chinas gegenüber den USA.

Was wir in Wirklichkeit heute genau so dringend brauchen wie nach der Krise von 1929 ist eine wissenschaftliche Diskussion über eine moderne Vergesellschaftung des Bankensystems im Zusammenhang mit einer stabilen und sozial ausgewogenen Neuordnung der Weltwirtschaft.

NEUE FORMEN ÖFFENTLICHEN EIGENTUMS

Eine Rückkehr des Bankensystems in die öffentliche Hand muss nicht zwangsläufig eine Wiederherstellung der alten Verstaatlichung sein. Konzepte nicht-staatlichen Gemeineigentums haben gerade in Österreich und Deutschland eine gewisse Tradition. Von sozialdemokratischer Seite gibt es zum Beispiel das Konzept der Sozialisierung oder Vergesellschaftung, das noch im Parteiprogramm von 1978 zu finden ist. Neben Vertretern der Regierung sollen auch Vertreter der Öffentlichkeit, der Konsumenten und der Produzenten die Politik der Bank mitbestimmen und Einsicht in die Geschäftsbücher erhalten. In der christlich-sozialen Tradition kann an die ursprüngliche Idee der Genossenschaftsbank angeknüpft werden. Auch dort wählen die Genossenschafter vor Ort ihre Vertreter, die auf Versammlungen regelmäßig Rechenschaft ablegen müssen und abgewählt werden können. Entscheidend

für die Funktionsweise solcher partizipativer Formen öffentlichen Eigentums ist dabei die Transparenz. Echte Mitbestimmung und Kontrolle erfordert, dass die gewählten Vertreter keinen Geheimhaltungspflichten unterliegen. In der Vergangenheit sind die Geschäfte ursprünglicher Genossenschaftsbanken wie der Raiffeisenzentralbank, der Volksbanken AG oder der BAWAG mit Verweis auf die harte Konkurrenz immer intransparenter geworden. Gleichzeitig mit der Intransparenz stiegen auch der Anteil riskanter Geschäfte und die Entfernung vom Kerngeschäft im Sinne der Kunden. Der einzelne Genossenschafter verlor die Kontrolle über »seine« Bank. Wird der gerettete Teil der Banken als Genossenschaftsbank reorganisiert, muss von Anfang an mit einer gesetzlichen Verpflichtung zur vollen Transparenz der erneuten Entdemokratisierung entgegengewirkt werden.

EINE BANKENUNION DER ANDEREN ART

Was bleibt ist die Frage nach der europäischen Perspektive. Europa ist heute ein gemeinsamer Wirtschaftsraum, der einer gemeinsamen Wirtschaftspolitik bedarf. Schlussendlich muss auch eine gemeinsame Bankenpolitik das Ziel sein. Wie soll diese aber aussehen und wie kommen wir dort hin? Ich habe bereits oben angemerkt, dass ein Vorstoß einzelner Länder unumgänglich sein wird. Gleichzeitig gilt es, europaweit für den Gedanken einer sozial ausgewogenen Abwicklung des insolventen Bankensektors und der Errichtung durchsichtiger Genossenschaftsbanken einzutreten. Ähnlich der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl könnte eine europäische Gemeinschaft öffentlicher Banken gebildet werden. Eine solche Gemeinschaft wäre die erste Grundlage eines nachhaltigen europäischen Wachstums- und Investitionsprogramms und noch mehr als eine gemeinsame Währung der Motor einer echten wirtschaftlichen und politischen Integration. 🍀

JOSEF FALKINGER
ist Ökonom in Wien.

**WERKBUNDSIEDLUNG
WIEN 1932**



FAUTEUIL A 63 F, ENTWURF: JOSEF FRANK
AUSFÜHRUNG: THONET-MUNDUS, © GALERIE JULIUS HUMMEL

Steueroase Österreich

Österreich ist eine von Europas führenden Steueroasen, konstatiert Thomas Riegler. Das schaffe nicht nur umfangreiche Möglichkeiten für in- und ausländische Vermögende, sich ihrer Steuerpflicht zu entziehen, es trage auch zu einer erhöhten Dichte von Geldwäsche, organisierter Kriminalität und Spionage in Österreich bei.

Es ist schon lange kein »schmutziges Geheimnis« mehr: Österreich zählt zu den wichtigsten Steueroasen in Westeuropa. Was zuvor öffentlich kein Thema war, hat angesichts der massiven Diskussion rund um Steuergerechtigkeit im Zuge der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise an Brisanz gewonnen. 2009 erregte der damalige deutsche Finanzminister mit einer provokativ gemeinten Einladung viel Aufmerksamkeit: Er würde »Luxemburg, Liechtenstein, die Schweiz, Österreich und Ouagadougou« zu einer OECD-Ministerkonferenz zur Bekämpfung von Steuerbetrug einladen. Einmal abgesehen davon, dass Ouagadougou, Hauptstadt von Burkina Faso, gemeinhin nicht als Steueroase bekannt ist, war der Steinbrück-Vorstoß für Österreich ein Warnsignal. Jene Regelungen, die den österreichischen Finanzplatz für ausländische Steuerflüchtlinge interessant machen, waren nicht mehr länger sakrosankt.

Im Unterschied zu anderen klassischen Steueroasen wie der Schweiz weist Österreich Besonderheiten auf, die sich aus der jüngeren Zeitgeschichte erklären – die Rolle des Landes als Spionagedrehscheibe sowie eine Tradition des pragmatischen Umgangs mit Geldwäsche und der organisierten Kriminalität. Eben wegen seiner Intransparenz ist Österreich nämlich seit Jahrzehnten auch ein Anziehungspunkt für »Terrorgeld« und Vermögen arabischer Diktatoren.

OFFSHORE-FINANZPLÄTZE

Steueroasen, auch Offshore-Finanzplätze genannt, sind dadurch gekennzeichnet, dass sie keine oder besonders niedrige Steuern auf Vermögen einheben. Dies macht sie für Kunden aus Ländern mit höheren Steuersätzen attraktiv. Das Kapital wird regelrecht angelockt, indem man legale oder illegale

Möglichkeiten zur Steuervermeidung einräumt und gleichzeitig Geheimhaltung, minimale Aufsicht und Regulierung garantiert.

Laut einer aktuellen Studie des *Tax Justice Network* (TJN) – einer NGO, die sich für eine gerechte Verteilung der Steuerlast einsetzt – fließen mittlerweile Finanzvermögen im Ausmaß des amerikanischen und japanischen Bruttoinlandsprodukts in Steueroasen wie die Schweiz und die Cayman Islands. Dadurch sind den betroffenen Staaten Einkommensteuern in Höhe von bis zu 230 Milliarden Euro entgangen. Dem britischen Autor Nicholas Shaxson zufolge fließt mittlerweile die Hälfte des Welthandels durch Steueroasen: »Über die Hälfte aller Bankvermögen sowie ein Drittel der ausländischen Direktinvestitionen multinationaler Konzerne werden ins Offshore-System geleitet.«

SCHATTENFINANZZENTREN

Weltweit gibt es rund 60 Schattenfinanzzentren – Shaxson gliedert diese in drei große Gruppen:

1. Europäische Steueroasen: Schweiz, Luxemburg, die Niederlande, Österreich, Belgien, Liechtenstein, Monaco, Andorra, Madeira.
2. Das »Spinnennetz« der City of London, das über die britischen Kronbesitzungen, Überseegebiete wie die Cayman-Inseln bis hin nach Hongkong reicht.
3. Eine Einflusszone mit den USA als Mittelpunkt.

Österreich belegt im »Schattenfinanzindex« des *Tax Justice Network* von 2011 Platz 17 – noch vor den als »Steueroasen« berüchtigten Inseln Zypern (Platz 20) und Guernsey (Platz 21) sowie weit vor den ebenfalls kritisierten Staaten Liech-

tenstein (Platz 34) oder Irland (Platz 31). Österreich ist damit ein wesentlicher Teil der internationalen Steuervermeidungs-Strukturen – auch wenn diese Tatsache von der heimischen Politik hartnäckig in Abrede gestellt wird.

WARUM ÖSTERREICH DENNOCH ALS STEUEROASE ZU WERTEN IST

In seinem Buch »Schatzinseln« (2011) definierte Shaxson »Steueroase« folgendermaßen: »Steueroase ist ein Ort, der Geschäfte anlocken will, indem er eine politisch stabile Infrastruktur zur Verfügung stellt, um Personen und Firmen dabei zu helfen, sich den Regeln, Gesetzen und Regulierungen anderer Gebietskörperschaften zu entziehen.« Auf Österreich trifft diese Charakterisierung aus folgenden Gründen zu:

1. Laut § 38 Bankwesengesetz, einem Verfassungsgesetz, sind österreichische Banken zu einer Auskunftsverweigerung hinsichtlich der Geschäftsbeziehung mit Bankkunden verpflichtet. Dieses Bankgeheimnis ist nur in gesetzlich geregelten Einzelfällen und unter Einhaltung strenger Verfahrensvorschriften aufgehoben. An ausländische Behörden werden grundsätzlich keine direkten Auskünfte erteilt.

2. Ein ausländischer Kunde muss sich zwar bei Kontoeröffnung ausweisen, braucht aber keine Informations-Weitergabe an seine heimische Steuerbehörde fürchten. Erst wenn tatsächlich ein Strafverfahren gegen ihn eingeleitet ist, kann auf richterlichen Beschluss in Österreich das Konto geöffnet werden.

3. Ausländische Anleger können wählen, ob sie anstatt der in der EU üblichen Kontrollmitteilungen an das Finanzministerium eine anonym abgeführte Quellensteuer auf Zinseinkünfte bevorzugen. Obwohl diese Abgabe schrittweise auf 35 Prozent erhöht wurde, gibt es weiter einen Zufluss von Geldströmen. Schließlich ändert die Quellensteuer nichts daran, dass der Kunde das in Österreich veranlagte Vermögen vor dem ausländischen Fiskus geheim halten kann.

4. Österreich bietet beachtliche Steuerprivilegien: Einerseits durch das Stiftungsrecht, andererseits sind in Österreich Vermögen durch die Abschaffung von Vermögens- und Erbschaftssteuern praktisch steuerfrei. Das ist natürlich ein Signal: Kommt zu uns, es lohnt sich!

5. Österreich verfolgt eine lange Tradition, internationale Bemühungen im Kampf gegen Steuerhinterziehung zu unterlaufen. So wurde 2003 eine Einigung über länderübergreifende Zinsbesteuerung beschlossen. Seither melden EU-Staaten automatisch Namen und Daten von Sparbuchbesitzern an deren Heimat-Finanzämter. Nur Österreich und Luxemburg machen nicht mit.

6. Die beiden Staaten widersetzten sich weiters einem Verhandlungsmandat für EU-Kommission, um den Anwendungsbereich des bilateralen Zinsbesteuerungsabkommens auf Steueroasen wie die Schweiz auszuweiten. Fekter begründete das Veto damit, dass die EU einen automatischen Informationsaustausch und so das österreichische Bankgeheimnis aushebeln wolle. Stattdessen hat Österreich ein eigenes Steuerabkommen mit der Schweiz geschlossen.

7. Trotz des zunehmenden internationalen Drucks versucht die österreichische Bundesregierung weiterhin, das Bankgeheimnis zu erhalten und so wenig Information wie möglich preis zu geben. Finanzministerin Maria Fekter übte 2012 sogar Kritik an den »großen Staaten«, die »Druck« auf kleine ausübten: »Nur warum soll Österreich seinen Standortvorteil als kleines Land aufgeben, als offene Volkswirtschaft.«

GELDSTRÖME AUS DEUTSCHLAND UND RUSSLAND

Aus historischer Sicht waren das Bankgeheimnis und die Anonymität der Sparbücher bei ihrem Beschluss im Jahr 1945 durchaus sinnvoll. Die Banken benötigten damals zur Finanzierung des Wiederaufbaus Geld, weshalb man Vermögende in die Filialen »locken« wollte. Heute profitiert die breite

Mehrheit der Bevölkerung nicht mehr vom Bankgeheimnis, dafür blüht die Steuervermeidung – etwa wenn es um Vermögen aus dem benachbarten Deutschland geht: So hat sich die Raiffeisenbank Kleinwalsertal seit den 1970er Jahren auf das Geschäft mit wohlhabenden Deutschen spezialisiert. Im Jahr 2006 war sie mit einer Bilanzsumme von knapp einer Milliarde Euro die größte Raiffeisenbank in Österreich.

2012 lagen insgesamt rund 25 Milliarden Euro deutscher Herkunft auf österreichischen Einlagenkonten – eine Summe, die sich in den vergangenen sechs Jahren mehr als verdoppelt hat, wie aus Aufzeichnungen der Österreichischen Nationalbank hervorgeht. Das entspricht mehr als der Hälfte aller ausländischen Einlagen.

Einen weiteren bedeutenden Posten machen Direktinvestitionen aus Russland aus – alleine im ersten Halbjahr 2011 sollen 10,7 Milliarden Dollar oder 7,4 Milliarden Euro nach Österreich geflossen sein. Damit liegt das Land bei Russlands Auslandsinvestitionen auf Platz zwei hinter der Schweiz, wohin 24,6 Milliarden Dollar geflossen sind. Anziehend wirkt sich das Investitionsschutzabkommen zwischen Russland und Österreich. Wer von hier aus agiert, ist vor Strafmaßnahmen der russischen Justiz gut geschützt. Viele Geschäftsleute sind mit ihren Familien gleich ganz nach Österreich übersiedelt, was auch dazu führt, dass die Preise für Luxusimmobilien stark angestiegen sind. Die Dollarmilliarden aus Russland gelangen in Österreich jedoch kaum in die Realwirtschaft, sondern fließen überwiegend irgendwo anders hin weiter – oder das Geld fließt nach dem Umweg der Legalisierung in Österreich wieder zurück nach Russland.

Ein gutes Beispiel für die Tätigkeit russischer Investoren in Österreich ist Gazprom, der größte und mächtigste Konzern Russland mit rund 500.000 Mitarbeitern und einem Jahresgewinn von rund 28 Milliarden Dollar. Wien ist mittlerweile der wichtigste Angelpunkt der Gazprom-Aktivitäten in Westeuropa. Wien bietet für diese Geschäftstätigkeit viele Vorteile: ein

dichtes Netzwerk an russischen Einrichtungen, das Rechtswahler Privatstiftung, diskrete und sichere Banken. Hinzu kommt, dass Wien vom Kalten Krieg bis heute ein dichtes Netzwerk an Informanten, Geheimdienstlern und Osthändlern aufweist. Der lange Arm des Gazprom-Imperiums in Österreich wurde zuletzt 2011 spürbar. Damals wurde ein mit Interpol-Haftbefehl gesuchter ehemaliger KGB-Offizier am Wiener Flughafen verhaftet. Nach massiven Interventionen der russischen Botschaft wurde Mikhail Golovaton freigelassen und durfte ungehindert nach Moskau weiterreisen, was diplomatische Verstimmungen mit Litauen zur Folge hatte.

DIE SCHATTENSEITEN DES FINANZPLATZES ÖSTERREICH: GELDWÄSCHE, ORGANISIERTE KRIMINALITÄT, SPIONAGE

In einer ähnlich gelagerten Causa, rund um den unter Mordverdacht stehenden kasachischen Ex-Botschafter Rakhat Aliyev, verweigerte Österreich 2007 und 2011 dessen Auslieferung. Um die guten wirtschaftliche Kontakte mit Kasachstan nicht zu stören, wurde Aliyev aber aufgefordert, Österreich zu verlassen. Er tat dies mit einem eigens für ihn ausgestellten Fremdenpass und soll sich nun in Malta aufhalten. Dabei hatten schon 2005 Beamte des deutschen Bundeskriminalamts nach Wien gemeldet, dass Aliyev mit Wiener Firmen Geldwäsche betreibe.

Die Fälle Golovaton und Aliyev sowie zuletzt der mysteriöse Tod des ehemaligen libyschen Premierministers Shukri Ghanem stehen sinnbildlich für die Schattenseiten des Finanzplatzes Österreich. Ghanem hatte sich nach dem Ausbruch der libyschen Revolution nach Österreich abgesetzt, wo er seit seiner Tätigkeit für die OPEC einen unbefristeten Aufenthaltstitel innehatte. Am 29. April 2012 trieb Ghanem ertrunken in der Neuen Donau. Sein ungeklärter Tod soll in Zusammenhang mit einem dubiosen Milliardendeal rund um Libyens größte Ölraffinerie stehen. Die engen Beziehungen zwischen dem Clan des 2011 gestürzten Revolutionsführers Muammar al-Gaddafi und Österreich reichen dagegen noch

viel weiter zurück. Bundeskanzler Bruno Kreisky hatte ab Mitte der 1970er Jahre Kontakte nach Libyen geknüpft, um Gaddafi politisch zu mäßigen – aber auch um der exportabhängigen österreichischen Wirtschaft einen interessanten Handelspartner zu verschaffen. Später studierte Gaddafis Sohn Saif al-Islam in Wien, und unterhielt Beziehungen zu Jörg Haider sowie damaligen FPÖ-Funktionären. Der ehemalige Haider-Vertraute Walter Meischberger hatte in einem Tagebuch notiert, Gaddafi habe der FPÖ insgesamt 45 Millionen Euro überwiesen. Das Geld sei auf Haider-Konten in Liechtenstein gelandet, was bislang nicht bewiesen werden konnte.

Für die österreichische Wirtschaft wiederum war der Ölstaat Libyen bereits seit längerem ein wichtiger Partner. Wirtschaftskammerpräsident Christoph Leitl stattete Tripolis im November 2009 mit einer 40-köpfigen Wirtschaftsdelegation einen Besuch ab. Leitl sah damals Libyen als ein »Land mit Zukunft«, dessen Aufschwung »in den Startlöchern« stehe: »Daher müssen wir jetzt hier sein, um dann in der Zielgeraden dabei zu sein.«

Als Gaddafis Regime infolge des arabischen Frühlings 2011 unterging, befanden sich laut der Nationalbank zumindest 1,2 Milliarden Euro Spar- und Termineinlagen libyschen Ursprungs auf österreichischen Konten. Mittlerweile wurde ein kleiner Teil der Gelder auf Antrag des Übergangsrates wieder freigegeben. Doch die neuen Machthaber in Libyen können noch nicht über die gesamte Summe verfügen. Die Banken fordern von den neuen Eigentümern genaue Nachweise über die Rechtmäßigkeit ihrer Ansprüche – was noch Jahre dauern kann.

Die erwähnten Beispiele zeigen laut dem Nachrichtenmagazin »profil« eines auf: Österreich ist auch nach Ende des Kalten Kriegs, »heute vielleicht sogar mehr denn je« ein Magnet und Zufluchtsort für undurchsichtige Gestalten, die sich in Sicherheit bringen und dabei gut leben wollen – für diese Zielgruppe sind historisch gewachsene Strukturen parat.

So wurde die Bundeshauptstadt nach dem Fall des Eisernen Vorhangs zu einem Zentrum der Ostmafia: Seit den 1990er Jahren wurden von russischen Mafia-Bossen in Wien hunderte Firmen gegründet. Das Geld wurde in Banken, Firmen und Immobilien lukrativ veranlagt. Und niemand fragte lange, woher das Geld kommt. Zu diesem Schluss kam zudem ein US-amerikanischer Report zum internationalen Drogenhandel, in dem Österreich erwähnt wird: »Geldwäsche durch organisierte Kriminalität findet innerhalb des österreichischen Finanzsystems statt. Der Prozentsatz nicht entdeckter organisierter Kriminalität – vor allem aus der ehemaligen Sowjetunion – dürfte enorm sein.«

Neben dem Bankgeheimnis, das die sichere Anlage von Vermögen krimineller Organisationen begünstigt, gibt es in Österreich kein Gesetz, das Spionage verbieten würde, solange sie nicht gegen den Staat selbst gerichtet ist. Das hat natürlich entsprechende Konsequenzen: Nach Einschätzung von Experten hat Wien weltweit mit die höchste Agenten-Dichte. Diese guten »Standortfaktoren« für geheime Aktivitäten spielen darüber hinaus auch Terroristen in die Hände – dass auch diese Vermögen in Österreich gebunkert haben, verdeutlicht das folgende Fallbeispiel.

TERRORGELD IN ÖSTERREICH – DAS ABU NIDAL-KONTO

Acht Millionen Euro auf einem Bank Austria-Konto – um diese stolze Summe wird seit Jahren ein bizarrer Rechtsstreit ausgefochten. Das Geld stammt aus undurchsichtigen Geschäften einer der berüchtigtsten Terrorgruppen der 1980er Jahre: Die Abu-Nidal-Organisation (ANO) hatte damals nicht nur zahlreiche Anschläge in Österreich verübt, sondern hier auch Gelder angelegt. Das Konto mit der Nr. 132195566 war am 4. August 1982 bei der damaligen Länderbank eröffnet worden – und zwar von der jordanischen Staatsbürgerin Halimeh Almughrabi. Zwischen 1982 und 1987 wurde die Millionensumme in vier Tranchen einbezahlt. Nach Ansicht der Ermittler fungierte Almughrabi dabei nur als »Strohfrau«

für ihren Ehemann Samir Najmeddin, dem 1984 eine Kontrollvollmacht für das Konto eingeräumt wurde. Najmeddin, Kampfname »Abu Nabil«, war niemand Geringerer als der Finanzfachmann der ANO und für alle Auslandsinvestitionen zuständig. Aus staatspolizeilichen Ermittlungsakten geht hervor, dass es bei österreichischen Banken gleich mehrere solcher Konten gab.

1991 versuchte Najmeddin über das größte Guthaben, nämlich bei der Länderbank / Bank Austria, erstmals wieder zu verfügen. Doch das besagte Konto war im Zuge des Golfkrieges wegen Verdachts auf Irak-Verbindungen eingefroren worden. Am 13. Jänner 2000 betrat schließlich die seinerzeitige Kontoeröffnerin Almughrabi die Filiale in der Wiener Nordbergstraße 13, um auf das Guthaben zuzugreifen. Weil sich die damals 65-jährige Frau in zahlreiche Widersprüche verwickelte, klagte man sie wegen Beteiligung an einer kriminellen Organisation an. Später auf Kautionsfreigabe, erschien Almughrabi nicht mehr zu den Verhandlungsterminen. Obwohl mittlerweile nicht einmal mehr Klarheit darüber herrscht, ob etwa die Hauptangeklagte noch am Leben ist, geht der Rechtsstreit weiter – zuletzt wurde der Prozess im April 2011 vertagt.

ZUSAMMENFASSUNG

Ungeachtet der Tatsache, dass wechselnde Regierungen Österreich in der Diskussion rund um Steueroasen nicht betroffen sehen, ist und bleibt das Land eine der viel kritisierten »Schatzinseln«. »Wenn die Steueroase dazu dient, um ein Einkommen einzelner Steuerpflichtiger, die es im Ausland erwirtschaften, vor ihrem heimischen Fiskus geheim zu halten, zu verstecken und sie das in Österreich erfolgreich tun können, dann ist Österreich insoweit natürlich eine Steueroase«, betont der Finanzexperte Werner Doralt – mit dem Nachsatz: »Das wird man schwerlich leugnen können.«

Trotzdem wird weiter am Bankgeheimnis festgehalten, auch wenn es zweifelhaft ist, ob sich dieser Kurs langfristig durchhalten lässt. Dabei zeigen gerade die Beispiele aus der

jüngeren Vergangenheit die zersetzende Wirkung von Intransparenz und Verdunkelung auf. Und weil Österreich im Vergleich zu den Cayman oder den britischen Kanal-Inseln von den Offshore-Aktivitäten wirtschaftlich weniger abhängig ist, könnte es sich leisten, zu reformieren – etwa durch mehr Transparenz bei Stiftungen, die Übernahme der EU-Zinsbesteuerungsrichtlinie und das Mitmachen beim automatischen Informationsaustausch. Hier gibt es nach wie vor keine Fortschritte – Grund genug für TJN-Gründer John Christensen, Österreich auch 2012 zu den »Verdunkelungsoasen im internationalen Finanzsystem« zu zählen. Nach wie vor sei das Land ein »höchst attraktiver Zufluchtsort für nicht korrekt versteuertes Geld«.



THOMAS RIEGLER

ist Historiker in Wien. Sein Buch »Im Fadenkreuz: Österreich und der Nahostterrorismus« ist 2010 bei Vienna University Press erschienen.

WEITERFÜHRENDE INFORMATIONEN:

Tax Justice Network – online unter: www.taxjustice.net | **Nicholas Shaxson**, Schatzinseln. Wie Steueroasen die Demokratie untergraben, Zürich 2011. | **Jürgen Roth**, Gangsterwirtschaft. Wie uns die organisierte Kriminalität aufkauft, Frankfurt am Main 2010. | **Emil Bobi, Othmar Lahodnysky**, Schurkenparadies Wien, in: profil, Nr. 19/2012, 16-21. | **Christina Hipmayr, Rosemarie Schwaiger**, Fluchthilfe, in: profil, Nr. 31/2012, 42-46. | **Rosemarie Schwaiger**, Rubelspiele, in: profil, Nr. 19/2012, 38 f.

WERKBUNDSIEDLUNG WIEN 1932



SCHLAFZIMMER IN HAUS 45 VON JACQUES GROAG, 1932
FOTO: JULIUS SCHERB, © WIEN MUSEUM

Zwischen Aufklärung und Fortschrittskritik

Jean-Jacques Rousseau – Aufklärer, Philosoph der Freiheit und des Gesellschaftsvertrags, Pädagoge, Schriftsteller und Komponist – würde heuer seinen 300. Geburtstag feiern. In verschiedenen Facetten zeigt Fabian Steinschaden Rousseaus Vielseitigkeit auf und führt in sein auch heute noch diskutiertes Werk ein.

Jean-Jacques Rousseau wird nicht nur als einer der ersten großen Philosophen der Demokratie, sondern auch als ein Urahn des Totalitarismus betrachtet. Kaum ein Philosoph hat derart konträre Einschätzungen hervorgebracht, über kaum eine Philosophie wurde so Gegensätzliches gesagt. Den einen gilt er als früher Vorkämpfer für eine sozialistische Gesellschaft, andere stellten die romantische Sehnsucht nach einem harmonischen Leben mit der Natur in den Vordergrund, wieder andere sahen in ihm den Kämpfer für einen demokratischen Rechtsstaat oder einen Beschützer bürgerlichen Eigentums. Rousseau gilt sowohl als theoretischer Begründer eines kollektivistischen Staatssozialismus, in dem der Einzelne sich dem Gemeinwesen gegenüber unterzuordnen hat, wie auch eines modernen Individualismus. In ihm wird sowohl der radikalste und modernste Vertreter seiner Epoche, wie auch ein reaktionärer Nostalgiker, der die gesamte moderne Zivilisation ablehnt, gesehen.

Diese sich zum Teil ausschließenden Interpretationen schulden sich nicht zuletzt dem unsystematischen Charakter seines Werkes. Anders als viele seiner Zeitgenossen wendet sich Rousseau gegen die Vorstellung, dass Gedanken nur dann ein allgemeiner Wert zukommt, wenn sie in präziser und systematischer Form präsentiert werden. Wer sich mit Rousseaus Werk auseinandersetzt, sieht bald, dass es keine eindeutige und klar zu bestimmende Lehre gibt. Er präsentiert uns in seinen Schriften keine festgefügte und durch und durch stringente Theorie. Vielmehr finden wir eine sich stetig über sich selbst hinaustreibende Bewegung des Gedankens, die von der Intention getrieben wird, den natürlichen Charakter des Menschen zu verteidigen¹: In Rousseaus Augen ist der Mensch ein von Natur aus gütiges und zu Mitleid fähiges Wesen, dessen Seele

jedoch mit dem wissenschaftlichen und zivilisatorischen Fortschritt verdirbt. Angesichts des unsystematischen Charakters seiner Philosophie sollen in diesem Artikel mehrere Schlaglichter auf einzelne Aspekte von Rousseaus Denken geworfen und deren Bedeutung für unsere heutige Situation aufgezeigt werden.

WANDERNDEN LEBEN

Rousseau wurde 1712 in Genf geboren. Anders als die großen Staaten wie Frankreich oder Russland, war Genf eine Republik. Dass die Stadt und die Republik Genf in Rousseaus Denken stets lebendig blieb, ist nicht zu übersehen. In seinen Vorschlägen für ein demokratisches Gemeinwesen spiegeln sich seine Erfahrungen mit der Genfer Republik wider. Seine Kritik an kulturellen Bräuchen und Dekadenz beruhen zu einem guten Teil auf der Kontrastfolie Paris – Genf: hier die verlogene Salon- und Theatergesellschaft, in der sich die Menschen nur hinter den Masken der gesellschaftlichen Rituale und Gepflogenheiten begegnen, dort die kleine Republik, in der die Menschen noch Mensch sein können.²

Rousseaus Leben war ebenso wie sein Denken in dauernder Bewegung. Abgebrochene Ausbildungen wechseln sich mit Tätigkeiten als Komponist, Schriftsteller oder Botschaftssekretär ab. Sein Interesse gilt mal der Musik, mal dem Theater, dann wieder der Botanik und ein anderes Mal der Pädagogik. Nie aber verliert er sein eigentliches Motiv aus den Augen: zu zeigen, dass das Böse nicht in der Natur des Menschen liegt.

Nie lebt er längere Zeit an einem Ort, nie kommt er zur Ruhe. Kaum etabliert er sich an einem Ort, beginnt er sich

1. Vgl. hierzu vor allem Cassirer: Das Problem Jean Jacques Rousseau.
2. Dass in dieser Kritik immer auch eine kräftige Portion Sexismus mitschwingt, hat Rebentisch detailliert argumentiert in: Die Kunst der Freiheit, S. 271– 341.
3. Vgl. Blom: Böse Philosophen, S. 133–135.
4. Vgl. hierzu Steinbrügge/ Rohbeck: Rousseau. Querkopf der Aufklärung.
5. Rousseau: Abhandlung über die Wissenschaften und Künste, S. 37.

mit seinen neuen Bekannten zu überwerfen: ob mit Diderot und d’Alembert, den wichtigen französischen Aufklärern, oder dem Pariser Orchester, das seine Opern spielt. Von seinem philosophischen Projekt, aber auch von einer kräftigen Portion Paranoia getrieben, überwirft er sich regelmäßig mit seinen Freunden und Weggefährten. Auch mit den Obrigkeiten kommt er stetig in Konflikt, einmal ist die Flucht nach England unvermeidlich. Zu revolutionär sind seine Schriften, zu hartnäckig und kompromisslos seine Kritik an den herrschenden Zuständen – auch für Genf. Der *Contract Social* (Vom Gesellschaftsvertrag oder Prinzipien des Staatsrechts) etwa, der nicht ganz zu Unrecht als das polit-philosophische Hauptwerk Rousseaus gilt, wurde nicht nur in Frankreich, sondern auch in Genf und sogar in den liberalen Niederlanden unmittelbar nach seinem Erscheinen verboten.

Unruhe ist auch in Rousseaus Arbeiten zu spüren. Er schreibt nicht nur theoretische Abhandlungen, sondern auch Romane. Seine literarischen Werke, die durchdrungen von seinen philosophischen Motiven sind, sind Bestseller. Sein Briefroman *Julie oder Die neue Heloise* ist einer der größten Bucherfolge des 18. Jahrhunderts und inspirierte nicht zuletzt Goethe zu seinem *Die Leiden des jungen Werthers*.

Auch in seiner letzten Ruhestätte finden die Wanderungen kein Ende. 1778 stirbt Rousseau, soweit wir wissen, an einem Schlaganfall. Gut eineinhalb Jahrzehnte später, 1794, werden seine sterblichen Überreste aus Ermenonville, einer kleinen Ortschaft nördlich von Paris, von den Jakobinern in das Pariser Pantheon überführt. In ihren Augen kehrt einer der geistigen Väter der Französischen Revolution heim in die Hauptstadt der Revolution.

KRITIK DES FORTSCHRITTS

Als 1755 ein enormes Erdbeben die Stadt Lissabon in Schutt und Asche legt und ungefähr 100.000 Menschen den Tod finden, bricht unter den Gelehrten ein Streit über die Ursachen des Bebens aus. Die katholischen Priester, allen voran die erz-

konservativen Jesuiten, sehen in dem Unglück die Strafe Gottes für die Gottlosigkeit der Menschen. Die radikalen Aufklärer um Diderot interpretieren das Ereignis als geologischen Vorgang, der sich nicht für moralische Deutungen eignet.³ Rousseau ist mit beiden Auffassungen unzufrieden. In seinen Augen ist es bereits fatal, in so großen Städten zu leben: würden die Menschen ein harmonisches Leben mit der Natur suchen, könnte kein Erdbeben derartiges Leid verursachen. Der technische und wissenschaftliche Fortschritt habe dieses Unglück zu verantworten. Dass eine so fortschrittskritische Sicht auch heute noch Relevanz hat, haben die Vorfälle in Fukushima deutlich gemacht: Die Atomkraftwerke haben die von Erdbeben und Tsunami verursachten Schäden noch potenziert. Die größte Gefahr ging nun nicht mehr vom Beben und der Flut aus, sondern von der Technik selbst.⁴

Was sich in dieser Interpretation im Kleinen zeigt, macht ein grundlegendes Motiv von Rousseaus Denkens aus: Technischer und wissenschaftlicher Fortschritt und dessen Auswirkungen auf das menschliche (Zusammen-)Leben werden von ihm weitgehend negativ bewertet. Rousseau meint generell zu bemerken, dass »unsere Seelen (...) in dem Maße verdorben [sind], in dem unsere Wissenschaften und unsere Künste vollkommener geworden sind«.⁵ Je mehr technische und wissenschaftliche Entwicklungen unsere Welt und unser Zusammenleben verändert haben, desto mehr müsse der Mensch sich selbst verleugnen und desto mehr greife Habgier, moralische Korruption und Trug um sich.

Was Rousseau von seinen Zeitgenossen abhebt, ist nicht so sehr die Hartnäckigkeit seiner Kritik. Rousseaus Argumente sind – das zeigen nicht zuletzt die zum Teil heftigen Reaktionen auf seine Veröffentlichungen – im Grunde politischer Natur. Sie attackieren die individualistische und egoistische Gesinnung, die in seinen Augen konsequenter Ausfluss des Fortschritts sind. Neu an seinen Überlegungen ist, dass er die Ursachen des Verfalls in objektiven Bedingungen und nicht in subjektiven Verfehlungen Einzelner sieht. Ohne

in die reaktionären Kritiken der Aufklärung einzustimmen, entwickelt Rousseau eine komplexe Aufklärungskritik: Das Übel der modernen Welt sei die Entfernung des Menschen von der Natur, die natürliche Menschlichkeit werde von der dekadenten, unmenschlichen Zivilisation getilgt. Gleichzeitig hält er aber auch gewissen Aspekten des zivilisatorischen Prozesses die Treue: so habe dieser bestimmte, potentiell im Menschen angelegte Fähigkeiten wie Vernunft, das Gerechtigkeitsgefühl oder die Phantasie erst zur Entfaltung gebracht. Rousseaus Fortschritts- und Zivilisationskritik sollte als ein differenzierter Versuch verstanden werden, der den Anspruch der Wissenschaften und Künste bestreitet, per se eine bessere Welt herbeizuführen.⁶

Nicht zu Unrecht wird in Rousseau oftmals ein theoretischer Vordenker einer dialektischen Auffassung der Aufklärung gesehen. Rousseaus zivilisationspessimistische Sicht wurde von der Kritischen Theorie Max Horkheimers und Theodor W. Adornos in gewisser Weise weitergeführt. In der Dialektik der Aufklärung beschrieben die beiden die »Selbsterstörung der Aufklärung«⁷: Naturbeherrschung, Vernunft und Aufklärung führe die Menschen nicht aus den Zwängen der Natur, sondern verstricke die Menschen in neue Abhängigkeiten und trage in sich den Keim einer neuen Barbarei, die letztendlich im Nationalsozialismus zur Entfaltung kam. Horkheimer und Adorno versuchten – ähnlich wie Rousseau – zu zeigen, dass ausgerechnet jene Prozesse, in die insbesondere progressive Menschen Vertrauen setzen, regressive Entwicklungen herbeiführen können.

Hinter Rousseaus Philosophie steht ein Bild von der Natur des Menschen, das in einem deutlichen Kontrast zu den dominanten Vorstellungen in der Philosophie seiner Epoche steht. Insbesondere das Diktum des englischen Philosophen Thomas Hobbes, dass der Mensch des Menschen Wolf sei, ist eine stete Reibefläche für Rousseau. Hobbes ging davon aus, dass der natürliche Zustand der des permanenten Kriegs aller gegen aller ist. Ihm waren Menschen keine gemeinschaftsfähigen,

sozialen Wesen, sondern vereinzelte Individuen, die nur aus der Angst vor dem dauerhaften Bürgerkrieg sich freiwillig einer höheren Macht, dem Souverän, unterwerfen und sich für ein friedliches Zusammenleben entscheiden.⁸

Rousseau hingegen nimmt die entgegengesetzte Position ein und versucht hervorzuheben, dass Gewalt und Krieg nicht dem Naturzustand des Menschen, sondern dem zivilisierten Leben entsprechen. In Ablehnung der christlichen Lehre von der Erbsünde, der zufolge wir alle als Sünder zur Welt kommen, geht Rousseau von einer ursprünglichen Unschuldigkeit und Unverdorbenheit des Menschen aus. Im Naturzustand leben die Menschen eher nebeneinander her, begegnen sich selten und streifen mit sich selbst beschäftigt durch die Wälder und Wiesen. Sie fügen einander kaum Leid zu, niemand werde dauerhaft beherrscht. Es sind äußere Situationen und vor allem gesellschaftliche Zwangslagen, die ungerechtes oder gewalttätiges Verhalten herbeiführen. Der Mensch im Naturzustand verfüge mit dem »angeborenen Widerwillen [...] seine Mitmenschen leiden zu sehen«⁹ über einen Charakterzug, der in der modernen Zivilisation kaum mehr wirkmächtig ist.

Heute wissen wir, dass Menschen niemals solitär durch die Welt wanderten, sondern schon immer eher in Gruppen und Horden lebten. Es ist aber fraglich, ob es Rousseau überhaupt wichtig war, wie sehr seine Vorstellung mit der Realität übereinstimmt. Die Konstruktion dieses im Grunde ahistorischen Urzustandes hat primär argumentative Bedeutung: Er gibt Rousseau die Möglichkeit, eindrücklich zu zeigen, dass die Schändlichkeiten der Welt nicht aus dem Wesen des Menschen folgen und dass eben auch Gesellschaften möglich sind, in denen »Laster« und »Untugend« nicht dominant sind.

POLITISCHE UNGLEICHHEIT

Rousseaus Interesse an Bedingungen, unter denen Menschen leben, führt auch dazu, dass er bald die soziale Frage in den Blick nimmt. Dabei unterscheidet er zwei Arten der Ungleichheit: die natürliche und die politische. Im Naturzu-

6. Vgl. v.a. Fetscher: Rousseaus politische Philosophie, S. 46.
7. Horkheimer/ Adorno: Dialektik der Aufklärung, S. 18.
8. Vgl. dazu Hobbes: Leviathan, insbesondere Kapitel 13.
9. Rousseau: Diskurs über die Ungleichheit, S. 141.
10. Rousseau: Diskurs über die Ungleichheit, S. 67.
11. Rousseau: Letzte Antwort an Bordes, zitiert nach Mensching S. 24.
12. Rousseau: Diskurs über die Ungleichheit, S. 369, Anm. XV.
13. Rousseau: Rousseau richtet über Jean-Jacques, S. 264.

stand gibt es nur die natürliche Ungleichheit. Menschen unterscheiden sich durch ihren Körperbau, ihre intellektuellen Eigenschaften, ihre Gesundheit. Manch einer ist eben größer, eine andere hat mehr Körperkraft, wieder eine andere ist intelligenter. Die natürlichen Ungleichheiten wirken sich auf das Leben der Menschen im Naturzustand allerdings nicht bedeutend aus und Rousseau weiß über sie nicht viel mehr zu sagen, als dass es sie eben gibt.

Die andere jedoch, »die man moralische oder politische Ungleichheit nennen kann, weil sie von einer Art Konvention abhängt und durch die Zustimmung der Menschen begründet oder zumindest autorisiert wird«¹⁰, ist ihm eines der verwerflichsten Produkte der modernen Zivilisation. Mit Eigentum und Arbeitsteilung schlägt der Naturzustand um in einen Kriegszustand, in dem Rivalität und Konkurrenz herrschen, und alle versuchen, ohne Rücksicht auf Verluste Profit zu machen. Die Gesellschaft werde umso hierarchischer und ungleicher, je weiter sie sich vom Naturzustand entfernt.

Empört über den Luxus der Reichen, dem er auf seinen Reisen durch Frankreich begegnet, schreibt er: »Hundertausende kommen durch ihn auf dem Land um. Das Geld, das durch die Hände der Reichen und der Künstler geht, ist für den Unterhalt der Bauern verloren, und diese haben keinen Rock, nur weil andere Tressen auf dem ihren brauchen.«¹¹

Ungleichheit und Verarmung als Folge gesellschaftlicher Verhältnisse zu denken, war etwas grundsätzlich Neues. Armut wird auf die ungleichmäßige Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums zurückgeführt und nicht mehr als schlichte Naturgegebenheit betrachtet. Dass die unterschiedlichen Strömungen der ArbeiterInnenbewegung, allen voran der Marxismus, von diesem Denken befruchtet wurden, ist offensichtlich. Auch diese verstanden und verstehen soziale Ungleichheiten wesentlich als gesellschaftlich erzeugt und gehen davon aus, dass ihr politisch gegengesteuert werden kann.

GESUNDER EGOISMUS

Rousseau hat in seinen Überlegungen immer auch danach gefragt, wie sich bestimmte gesellschaftliche Verhältnisse auf individueller Ebene niederschlagen und hat versucht herauszufinden, welche Charakterzüge und Verhaltensweisen begünstigt oder verhindert werden. Das positive Bild des Naturmenschen hängt zu einem Großteil an dem, was Rousseau die Selbstliebe (»amour de soi-même«) nennt. Die Selbstliebe ist ein natürliches und sanftes, in sich ruhendes Selbstverhältnis: »Die Selbstliebe ist ein natürliches Gefühl, das jedes Tier dazu veranlasst, über seine eigene Erhaltung zu wachen, und das, im Menschen von der Vernunft geleitet und durch das Mitleid modifiziert, die Menschlichkeit und die Tugend hervorbringt.«¹² Es handelt sich bei der Selbstliebe um eine Leidenschaft, die auf das Glück des Menschen, auf die Befriedigung seiner Bedürfnisse und auf ein harmonisches und genießendes Leben abzielt: Sie ist die gute und gesunde Liebe zu sich selbst.

Mit dem Austritt der Menschheit aus dem Naturzustand findet eine einschneidende Veränderung statt. Die Selbstliebe wandelt sich in die Eigenliebe, »eine relative Empfindung, vermöge deren man Vergleiche mit sich anstellt, Vorzüge erlangt, deren Genuß doch bloß negativ ist, und welche ihre Befriedigung nicht durch unser eigenes Wohl, sondern durch das Unglück anderer zu befördern sucht.«¹³ Die Eigenliebe ist ein unnatürliches Selbstverhältnis, entstanden durch die Gesellschaft. Sie ist der Charakterzug, den die bürgerlichen Verhältnisse den Menschen aufprägen. Nun schätzen sich die Individuen allesamt höher ein als ihre Mitmenschen und fügen sich – zum eigenen Vorteil – gegenseitig Schaden zu.

Der slowenische Philosoph Slavoj Žižek hat jüngst darauf hingewiesen, dass es sich bei der Eigenliebe um das ressentimentgeladene Motiv handelt, bei dem es uns wichtiger ist, dass die anderen verlieren, als dass wir selbst gewinnen: »Ich bin bereit, darauf zu verzichten, damit andere es (auch) nicht haben (können)! Das Böse ist hier nicht das Gegenteil

der Aufopferungsbereitschaft, sondern geradezu ihr Inbegriff. Ich bin bereit, auf mein eigenes Wohlergehen zu verzichten – wenn ich durch mein Opfer den anderen um seinen Genuss bringen kann.«¹⁴ Ein wahrer Egoist hingegen ist viel zu sehr mit sich selbst und seinem Leben beschäftigt, um anderen Unannehmlichkeiten zu bereiten.

In unserer neoliberalen Zeit hat es durchaus Sinn, sich die Rousseau'sche Unterscheidung im Bewusstsein zu halten. Wir dürfen nicht übersehen, dass die Eigenliebe heute ein, wenn nicht das entscheidende Charaktermerkmal darstellt. Unzählige Menschen sind – wenn auch oft mit wenig Aussicht auf Erfolg – auf der Jagd nach gesellschaftlichem Aufstieg, Karriere und Reichtum und setzen dafür ihr Lebensglück aufs Spiel. Gleichzeitig wird immer öfter die Nase über Menschen gerümpft, die einfach ein ausgeglichenes und zufriedenes Leben abseits dieser Werte suchen.

Mittels des Begriffs der Eigenliebe kann – zumindest auf einer abstrakten Ebene – verstanden werden, was einen großen Teil der Menschen dazu treibt, auf die Möglichkeit eines schönen Lebens zu verzichten. Die Eigenliebe als dominantes Selbstverhältnis der Gegenwart führt dazu, dass immer mehr Menschen am neoliberalen Spiel teilnehmen, die Ellbogen ausfahren und anstatt ein solidarisches Verhalten an den Tag zu legen, versuchen, die Karriereleiter zu erklimmen.

Um den »Motivationsstecker«¹⁵ zu ziehen, muss die Linke wieder lernen, die Frage nach dem guten Leben zu stellen und davon ausgehend gegenhegemoniale Positionen entwickeln, anstatt sich nur auf Fragen der Verteilungsgerechtigkeit zu konzentrieren oder gar die engen Parameter des Neoliberalismus zu akzeptieren. Rousseaus Begriffspaar Eigenliebe/Selbstliebe erinnert uns daran, dass ein gesunder Egoismus ein wichtiger Widerstandspunkt gegen die neoliberale Logik sein kann, in der man, wenn man mitspielen möchte, sich selbst eben einmal aufgeben muss.

GESELLSCHAFTSVERTRAG UND GEMEINWILLE

Rousseau war alles andere als ein romantischer Träumer. Dass der Weg zurück in den Naturzustand für immer versperrt war, dass man die zivilisatorische Entwicklung nicht rückgängig machen konnte, war ihm bewusst. Den Ausweg aus den Missständen seiner Zeit sah Rousseau in der vernünftigen Organisation der Gesellschaft. Es ist bestimmt einer der paradoxesten Züge seines Denkens, dass ausgerechnet der große Kritiker der modernen Gesellschaften eine noch umfassendere Gemeinschaft als Gegenstrategie zu den zivilisatorischen Regressionen vorschlägt.

Rousseau schwebt eine demokratische Organisation der Gesellschaft vor, in der sich die Menschen nicht als Konkurrenten und Feinde gegenüberstehen, sondern in der die Bürger vollständig in der staatlichen Gemeinschaft aufgehen. Eine vernünftige Gesellschaft sei mittels des Gesellschaftsvertrages (»contract social«) so einzurichten, dass den Menschen nichts untersagt wird, was sie zu einem menschenwürdigen Leben bedürfen. Der Gesellschaftsvertrag soll eine »sittliche und rechtliche Gleichheit«¹⁶ stiften, im Interesse des Gemeinwesens soll die gewissenlose Verfolgung von Privatinteressen zurückgedrängt werden.

Verantwortlich für das Funktionieren dieser Gesellschaft ist der Gemeinwille (»volonté général«), der demokratisch erzeugte Wille der Gemeinschaft. Dieser besteht nicht aus der einfachen Addition bestehender Privatwillen. Rousseau fordert von den Bürgern – bei Rousseau sind es ausschließlich Bürger, Bürgerinnen werden diese Rechte verwehrt – seines utopischen Staates auf ihre persönlichen, ökonomischen oder machtpolitischen Interessen zu verzichten. Die Bürger sollen ihre individuellen Interessen keineswegs in den öffentlichen Raum einbringen, sondern vielmehr versuchen, die Position der vernünftigen Allgemeinheit einzunehmen und verantwortlich gegenüber allen Teilen des gemeinsamen Staates zu handeln. Die Forderung, eine vernünftige Haltung einzunehmen, ist mehr als bloß ein ethischer Anspruch an die Bür-


14. Žižek: Der wahre Egoist.
15. Rosa: Idiotenspiel.
16. Rousseau: Vom Gesellschaftsvertrag, I 9.
17. Rousseau: Vom Gesellschaftsvertrag, II 4.
18. Vgl. hierzu trotz ihrer ablehnenden Haltung gegenüber Rousseau Arendt: Macht und Gewalt.
19. Marx: Grundrisse der Kritik der Politischen Ökonomie, S. 545.

ger, sondern soll durch die (demokratischen) Strukturen des Staates abgesichert werden. Die Bürger wiederum sind dem Gemeinwesen vollständig verpflichtet und müssen sich dem Gemeinwillen gänzlich unterwerfen. Da sie es aber selbst sind, die in demokratischen Verfahren den Gemeinwillen festlegen, so »gehören sie niemandem außer ihrem eigenen Willen«¹⁷ – dies sei als ein Akt der Freiheit zu betrachten.

Natürlich gewinnt man bei der Lektüre von Rousseaus Texten immer wieder den Eindruck, dass sein Idealstaat eine gewisse Affinität zu totalitären Gesellschaften hat. Die Forderung an die Bürger, sich dem Gemeinwillen vollkommen zu unterwerfen, muss heute genauso angefochten werden, wie die Intention des Gemeinwillens, innergesellschaftliche Konflikte per se zu vermeiden. Versteht man unter Demokratie nicht nur formale Rechte und demokratische Verfahrensweisen, sondern betrachtet öffentliche Debatten und Meinungsvielfalt als elementare demokratische Werte, dann muss Rousseaus Demokratiebegriff grundsätzlich korrigiert werden.

Heute hat es durchaus etwas Befremdliches, Freiheit in die Nähe des Begriffs der (Selbst-)Unterwerfung zu rücken. Nichtsdestotrotz behält Rousseaus Freiheitsbegriff eine wichtige Bedeutung. Wird Freiheit momentan im Alltagsgebrauch als Ungebundenheit, Unabhängigkeit und Unverbindlichkeit verstanden, sollte nicht vergessen werden, dass es auch Freiheitsverständnisse gibt, die in ihr vor allem die Fähigkeit und Möglichkeit zum (kollektiven) Handeln sehen. Dass Freiheit heutzutage vor allem individualistisch aufgefasst wird, ist natürlich kein Zufall. Individualistische Freiheitsbegriffe vertragen sich mit dem Mainstream einer Gesellschaft, in der Konkurrenz und Eigenliebe strukturell dominieren, eben besser als kollektivistische.

Rousseau bedient sich eines Freiheitsbegriffes, der sich bewusst hält, dass der Zusammenschluss mit anderen oder die Einbindung in eine Gruppe (politisch) ermächtigend sein kann.¹⁸ Sein Freiheitsbegriff zeigt uns nur, dass Freiheit mehr

sein kann, als die Freiheit von Zwängen, sondern greift dem vorweg, was Marx ein Jahrhundert später formulierte: dass individualistische Freiheit »die völlige Aufhebung der individuellen Freiheit und die völlige Unterjochung der Individualität unter gesellschaftliche Bedingungen«¹⁹ bedeuten kann, dass Freiheit ohne Gleichheit eben keine Freiheit ist. 

FABIAN STEINSCHADEN

ist Doktorand am Institut für Philosophie der Universität Wien.

LITERATURVERZEICHNIS

Arendt, Hannah [1970]: Macht und Gewalt, München: Pieper 2009. | **Blom, Philipp**: Böse Philosophen. Ein Salon in Paris und das vergessene Erbe der Aufklärung, München: Hanser 2010. | **Cassirer, Ernst** [1932]: Das Problem Jean Jacques Rousseau, in derselbe: Über Rousseau, Frankfurt/Main: Suhrkamp 2012. | **Fetscher, Iring**: Rousseaus politische Philosophie, 3. über. Aufl., Frankfurt/Main: Suhrkamp 1975. | **Hobbes, Thomas** [1651]: Leviathan, Frankfurt/Main: Suhrkamp 1966. | **Horkheimer, Max/ Adorno, Theodor W.** [1944]: Dialektik der Aufklärung, Horkheimer Gesammelte Schriften, Bd. 5, Frankfurt/Main: Fischer 1985–1999, S. 11–290. | **Marx, Karl** [1858]: Grundrisse der Kritik der Politischen Ökonomie, Marx-Engels-Werke, Bd. 42, Berlin: Dietz 1983. | **Mensching, Günther**: Rousseau, Hamburg: Junius 2000. | **Rebentisch, Juliane**: Die Kunst der Freiheit, Frankfurt/Main: Suhrkamp 2012. | **Rosa, Hartmut**: Idiotenspiel, in: Le Monde diplomatique Nr. 9776, Download unter: <http://www.monde-diplomatique.de/pm/2012/04/13.mondeText.artikel,a0025.idx,3>. | **Rousseau, Jean-Jacques** [1750]: Abhandlung über die Wissenschaften und Künste, in derselbe: Schriften Bd. 1 Frankfurt/Main: Fischer 1995, S. 27–60. | **Rousseau, Jean-Jacques** [1755]: Diskurs über die Ungleichheit, Discours sur l'inégalité: Kritische Ausgabe des integralen Textes, hg. Meier, Heinrich, Stuttgart: UTB 2008. | **Rousseau, Jean-Jacques** [1772]: Rousseau richtet über Jean-Jacques, in derselbe: Schriften, Bd. 2, Frankfurt/Main: Fischer 1988, S. 253–637. | **Rousseau, Jean-Jacques** [1762]: Vom Gesellschaftsvertrag oder Prinzipien des Staatsrechtes, Stuttgart: Reclam 1977. | **Steinbrügge, Lieselotte/ Rohbeck, Johannes**: Rousseau. Querkopf der Aufklärung, in: Der Tagesspiegel 24.06.2012, Download unter: <http://www.tagesspiegel.de/zeitung/jean-jacques-rousseau-querkopf-der-aufklaerung/6788314.html>. | **Žižek, Slavoj**: Der wahre Egoist, in: Die Zeit 26/ 2012, Download unter: <http://www.zeit.de/2012/26/Rousseau-Zizek>.



DIE WERKBUNDSIEDLUNG AM ERÖFFNUNGSTAG, 4. JUNI 1932

FOTO: ALBERT HILSCHER, © ÖSTERREICHISCHE NATIONALBIBLIOTHEK, BILDARCHIV UND GRAFIKSAMMLUNG

WERKBUNDSIEDLUNG WIEN 1932



BLICK AUF DIE HÄUSER 17 BIS 24 VON KARL AUGUSTINUS BIEBER / OTTO NIEDER-
MOSER, WALTER LOOS, EUGEN WACHBERGER UND CLEMENS HOLZMEISTER;
LINKS IM BILD DAS KAFFEEHAUS, 1932 FOTO: MARTIN GERLACH JUN., © WIEN MUSEUM

Staatsverschuldung oder Leistungsbilanz

Heinz Kienzl reagiert mit seinem Beitrag zu Fragen von Staatsverschuldung und Leistungsbilanz auf den mutigen Debattenbeitrag von Sonja Ablinger in ZUKUNFT 07 – 08/2012. Er sieht im langsamen Entscheidungstempo der europäischen Staats- und Regierungschefs einen Mitgrund für die mangelnde Krisenbewältigung.

Vor etwa 70 Jahren sagte mir Paul Speiser: »Mein lieber junger Genosse, Disziplin war immer unsere Stärke.« Wer meint, dies wäre eine dezente Kritik an Sonja Ablinger, liegt nicht ganz falsch. Die Kritik richtet sich aber nur gegen ein Randproblem, das im letzten Absatz behandelt wird. In der Substanz hat Sonja Ablinger Recht, die Schwäche des Euro ist die sehr unterschiedliche Konkurrenzfähigkeit der Euromitgliedstaaten, die sich in den Leistungsbilanzen zeigt. Sie drückt die Konkurrenzfähigkeit in Zahlen aus. Als man Griechenland in die Euro-Gemeinschaft aufnahm, wusste man ganz genau, wie es mit der griechischen Konkurrenzfähigkeit aussah.

Da hätte man nur das statistische Handbuch der Arbeiterkammer zu Rate ziehen müssen. Man blickte aber in die falsche Richtung. Wenn man überhaupt blickte und nicht nur abnickte, was die großen Staatschefs beschlossen hatten. Den Anbetern des Washington Consensus genügte ja eine staatskritische Sicht der Dinge und so blickten sie nur auf die Budgets und die Staatsschulden. Das muss einem doch vorkommen wie der Altgraf Bobby, der seinen verlorenen Haustorschlüssel unter der Laterne suchte, weil er dort besser sah.

Manche Beurteiler der Eurokrise meinen, das Problem sei gelöst, wenn die Volkswirtschaften mit positiver Leistungsbilanz zum Beispiel Österreich, Deutschland, die Niederlande, ihre Bilanzen ins Minus drehen. Dann wäre den Defizitländern schon geholfen, die Überschussländer müssten manche Absatzmärkte räumen, in die die Defizitländer vorstoßen könnten, und allen wäre geholfen. Und wie macht man das? Die Überschussländer müssten nur weit größere Lohnerhöhungen durchführen, das würde ihre Konkurrenzfähigkeit

schwächen und die Ungleichgewichte beseitigen. Leicht wird vergessen, dass vor Schröder die Bundesrepublik auch ein Problemland war und sich erst durch die Agenda 2010 hochgerappelt hat. Dabei wird weiters vergessen, dass die Absatzmärkte für die Defizitländer nicht nur Deutschland und Österreich sind, sondern auch die anderen EU-Staaten, die USA, China, Südamerika usw.

ABWERTUNG

Die andere *therapia sterilisans*, die Lösung aller Defizitprobleme, wäre eine Abwertung der Währungen, die man freilich im Eurobereich nicht mehr machen kann. So lange die heutigen Defizitstaaten eigene Währungen hatten, hat das scheinbar ganz tadellos funktioniert. Der Export nahm zu, die Importe, weil verteuert, nahmen ab. Alle, bis auf die Konsumenten, waren glücklich, man konnte weiter machen wie bisher und wenn dann die Stunde der Wahrheit schlug und die Leistungsbilanz wieder ins Minus drehte, konnte man wieder abwerten. Ich erinnere mich noch sehr gut: Als ich noch im ÖGB wirkte, war die italienische Lira 20 Groschen wert, und als sie im Euro aufging, war sie nur mehr zwei Groschen wert.

Die Konkurrenzfähigkeit wieder herzustellen, andersherum gesagt von einem Leistungsbilanzdefizit wegzurudern, ist auch keine Trockenskiübung. Wir haben beim zweiten Ölschock gegen Ende der 70er Jahre ein Leistungsbilanzdefizit von vier Prozent erwirtschaftet und das ließ mich wirklich nicht ruhig schlafen. Wir haben dann ein Leistungsbilanzsaniierungsprogramm durchgezogen, um die Konkurrenzfähigkeit durch koordinierte Aktionen von ÖGB (zurückhaltende Lohnpolitik), Banken (Kreditrestriktionen), Finanzministerium (Steuererhöhungen) und viele Nebenmaßnahmen wie

»Kauft österreichische Waren«, »Wanderbares Österreich«, Sondersteuer auf Motorboote usw. zu erhöhen. Das ist freilich Vergangenheit. Heute haben die Problemstaaten nicht annähernd die Aktionsparameter, die wir seinerzeit hatten. Wir haben in der EU zuviel Marktberglauben und zu wenige Hebel, die man einsetzen kann. Und Barroso und Draghi fehlen zum Beispiel ein öGB und ein Anton Benya. Ob nun ideologische begründet oder einfach weil sie sonst keine anderen Instrumente haben, setzen die Regierungen unterstützt von marktfundamentalistischen Professoren darauf, die Löhne zu senken und die Staatsausgaben zu reduzieren. Dass dies nicht so funktionieren wird, wie gedacht, war für ideologisch Unbelastete vorhersehbar.

STRATEGIE

Eine erfolgreiche Strategie muss auf die mikroökonomischer Ebene setzen. Die Betriebe müssen durch Produktivitätssteigerung ohne Lohnschritte die Konkurrenzfähigkeit erlangen. Neue Märkte müssen erschlossen, neue Produkte entwickelt werden. Das kann nicht einmal die eigene Regierung schaffen, geschweige denn die EU. Rationalisierung, Produktentwicklung, Markterschließungen müssen die Manager, die Ingenieure, die Facharbeiter und andere, die ihnen zuarbeiten, zustande bringen und die Gesellschaft muss für Neuerungen aufgeschlossen sein.

Es gehört offenbar zum politischen Wohlverhalten, die mangelnde demokratische Legitimation von Beschlüssen der Europäischen Union zu beklagen. Weniger Sorgen macht man sich wegen der Langsamkeit der Institutionen der EU. Wenn Regierungen und Parlamente der Euroländer Probleme angehen, entwickeln sie ein Tempo wie ein Salamander. Die Spekulanten, beschönigend die Märkte genannt, sind flink wie Alligatoren. Sie haben schon herausbekommen, was die Think Tanks der Regierungen ausbrüten, noch bevor die Regierungen es selbst erfahren. Damit machen sie viel Geld auf Kosten der Steuerzahler. Aber es kommt noch schlimmer, neben den politischen Spielchen der Parteien in den Mitglieds-

staaten, die die Arbeit auch nicht gerade erleichtern, haben sich die Regierungen seit neuem eine Fußfessel angelegt, nämlich die Verfassungsgerichte. Schon 1847 sagte der erste Staatsanwalt in Berlin, Julius von Kirchmann, vor der Juristischen Gesellschaft: »Die Rechtswissenschaft manipuliert in ihrer Trägheit, indem sie Neues mit alten Kategorien misst!«


Ein aktuelles Beispiel gefällig? Das deutsche Grundgesetz beginnt mit den Worten: »Die Würde des Menschen ist unantastbar!« Aktuell und verständlich, knapp nach dem Wüten der NS-Verbrecher, aber auch ein Beispiel dafür, wie rasch Verfassungen, im deutschen Fall glücklicherweise, unaktuell sein können. Eine neue Verfassung würde man nicht mit solchen Worten beginnen!

Ein angeblich von Napoleon stammendes Sprichwort lautet: »Wenn sich China erhebt, erbebt die Welt!« Nun, China hat sich erhoben, die Welt erbebt nicht, aber sie hat sich gewaltig verändert. Die Zeit der Supermacht USA ist bereits Geschichte und die Hegemonie des Dollars passé. Indien wird sich auch erheben und die geopolitischen Gewichte werden sich weiter verändern. Da darf die europäische Souveränitätsillusion nicht die Stopp-Tafel für die weitere Entwicklung der EU sein. De facto hängen wir im Guten und im Schlechten voneinander ab. Querschüsse Einzelner treffen uns alle; das nationalistische Aufbegehren in unserem Nachbarland Ungarn und die »Wahren Finnen« machen uns Kopfzerbrechen. So wie die schwarz-blaue Koalition große Verwirrung bei unseren EU-Partnern geschaffen hat.

Ähnliches gilt für die Wirtschaft: angenommen die Griechen hätten über ihre Verhältnisse gelebt, die Suppe müssen wir alle auslöfeln. Und eine Lehre sollten die staatstragenden Parteien aus der Finanzkrise ziehen: Den europäischen Wohlfahrtsstaat haben wir mit eigener Kraft und mit den selbst erwirtschafteten Ressourcen geschaffen. Seine Finanzierung kann nicht über den internationalen Finanzmarkt erfolgen und schon gar nicht über die Europäische Zentralbank.

Die EU-Bürger und ihre Regierungen haben die Erfolge der Krisenabwehr 2009–2011 mit Recht gefeiert. Keynes würde die Strategie der EU 2009–2011, falls er sie erlebt hätte, gelobt haben und die Schließung der Nachfragerücke durch staatliches Eingreifen hat er ja empfohlen. Aber in der Konjunkturpolitik gibt es leider keinen *free lunch*. Nach erfolgreicher Krisenbewältigung muss die Verschuldung, die man in Kauf genommen hat, wieder abgebaut werden. Da erweisen sich die Bürger, die Steuerzahler, die vor einem Wirtschaftszusammenbruch gerettet wurden, als Zechpreller.

Heute wissen alle Beurteiler, dass es falsch ist, wenn alle Euro-Mitglieder gleichzeitig sparen. In Folge der Kumulation des Nachfragerückgangs muss es zu einer Schrumpfung der Wirtschaften kommen. Aber die Frage ist doch berechtigt: Wer hätte es der Kommission gestattet, einen Stufenabbau bei der Defizitbereinigung vorzuschlagen, geschweige denn zu erzwingen?

Ich habe mit Sonja Ablinger begonnen und möchte mit ihr auch schließen. Was sie für den kleinen spö-Rahmen verblich gefordert hat, nämlich alles lang und gründlich zu diskutieren, sollte man lieber nicht zum kategorischen Imperativ für das Handeln der EU erheben. Jetzt handelt die EU so langsam, wie das Haus Habsburg »auf halben Wegen und zu halber Tat, mit halben Mitteln zauderhaft zu streben« (Grillparzer, Ein Bruderzwist in Habsburg). 

HEINZ KIENZL

war langjähriger Generaldirektor und Vizepräsident der Österreichischen Nationalbank und ist heute Obmann der Sozialwissenschaftlichen Studiengesellschaft.

WERKBUNDSIEDLUNG WIEN 1932



MODELL DER WERKBUNDSIEDLUNG IM MASSSTAB 1:100, 2012
GEBAUT VON STUDIERENDEN DER TU WIEN, INSTITUT FÜR KUNST UND GESTALTUNG/ABTEILUNG
PLASTISCHES GESTALTEN UND MODELLBAU, © WIEN MUSEUM/FOTO: AUGUSTIN FISCHER

Die EU in der Krise

Europa befindet sich in der »Vielfachkrise«: Zusätzlich zu ökonomischer Stagnation, steigender Arbeitslosigkeit und der »Euro-Krise« schlittern immer mehr EU-Staaten in ernsthafte Staatskrisen und erschüttern das Projekt der europäischen Integration. Armin Puller rezensiert einen aktuellen Erklärungsversuch der kritischen Europaforschung.

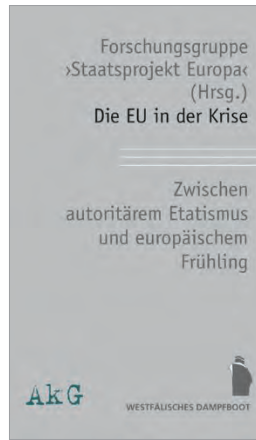
Die seit 2007/8 anhaltende ökonomische Krise fügt dem europäischen Integrationsprozess tiefe Wunden zu: Da die Integration vor allem eine ökonomische ist, stehen und fallen politische Zustimmung und Legitimation in der EU mit Wachstum und Stabilität. Die großen Probleme wirtschaftlicher Ungleichgewichte zwischen Exportnationen, Finanzplätzen, Agrarstaaten und der wirtschaftlichen Peripherie sowie der fehlenden politischen Integration drücken sich in Krisenzeiten besonders heftig aus. Angesichts der europäischen Sparpolitik und eines erstarkenden neoliberalen Kurses ist das »soziale Europa« in weite Ferne gerückt, denn die Krise scheint in Europa vor allem auf Kosten des Lebensstandards breiter Bevölkerungsschichten und zugunsten einer Fortsetzung des neoliberalen Status Quo gelöst zu werden.

Ursachen und Dynamiken dieser Entwicklungen widmet sich die Forschungsgruppe »Staatsprojekt Europa« der »Assoziation für kritische Gesellschaftsforschung« (AkG) in einem kürzlich erschienenen Sammelband. Der Name der Forschungsgruppe verweist einerseits auf die Problematik, die EU als Staat bzw. als Einheit zu fassen, da es sich vielmehr um ein, auf mehreren nationalen und supranationalen Ebenen angesiedeltes, »fragmentiertes Staatsapparate-Ensemble« handelt. Andererseits möchte die Forschungsgruppe darauf hinweisen, dass in diesem Ensemble unterschiedliche Projekte und Strategien dominanter gesellschaftlicher Kräfte um Hegemonie ringen. Die beiden zentralen Beiträge des Bandes widmen sich der Frage, welche Dynamiken zur aktuellen, auf fiskalische »Haushaltsdisziplin« ausgerichteten, Strategie der Krisenlösung geführt haben und welche unterschiedlichen politischen Projekte versuchen, die Politik der EU zu bestimmen.

AUTORITÄRER ETATISMUS

In der EU lasse sich aktuell das Entstehen einer neuen Integrationsweise feststellen. Diese, von Lukas Oberndorfer als »autoritärer Wettbewerbsetatismus« bezeichnete Entwicklung, charakterisiere sich vor allem durch einen vereinfachten Zugriff von nationalen und EU-Exekutiven auf die nationalstaatliche Ebene und von oben durchgesetzte Austeritätspolitiken im Rahmen der »European Economic Governance«. Das Spezifikum der neuen Integrationsweise ist der Wegfall des Konsens von Bevölkerungen, nationalen Parlamenten und Krisenstaatenregierungen, die Entmachtung nationaler Parlamente hinsichtlich ihrer Haushaltspolitik und ihrer wirtschaftspolitischen Instrumente sowie die Übertragung wesentlicher Regierungsgeschäfte an demokratisch kaum legitimierte Institutionen wie EZB, IWF und die EU-Kommission.

Oberndorfers Erklärungen beziehen sich auf Analysen des griechisch-französischen Staatstheoretiker Nicos Poulantzas, der 1977 unter dem Begriff des »autoritären Etatismus« versuchte, den Beginn des neoliberalen Zeitalters in Westeuropa anhand des Verfalls der repräsentativen Demokratie und der Autonomisierung staatlicher Exekutiven zu erfassen. Dabei handelte es sich um die, Politiken der Einschränkung des Sozialstaats und der Bürgerrechte umfassende, Reaktion westeuropäischer Staaten auf die ökonomischen Krisenprozesse der 1970er Jahre. Während der autoritäre Etatismus ab den 1980er Jahren in der EU durch ein durchaus auf Konsens basierendes Projekt eines gemeinsamen Binnenmarktes und einer Währungsunion abgelöst wurde, finde nun durch den Wegfall innerer Bindeglieder, die das Bündnis mit den Mittelschichten gewährleisteten, eine Rückwandlung des Neoliberalismus zu seinem autoritären Kern statt.



Forschungsgruppe
»Staatsprojekt Europa« (Hg.)
DIE EU IN DER KRISE
Zwischen autoritärem
Etatismus und europä-
ischem Frühling
Westfälisches Dampfboot
165 Seiten, 15,90 Euro

KAMPF DER PROJEKTE

Sonja Buckel, Fabian Georgi, John Kannankulam und Jens Wissel analysieren die europäische Integration vor dem Hintergrund unterschiedlicher »Hegemonieprojekte« zur Herstellung einer neuen stabilen Integrationsweise. Das neoliberale Projekt rund um die wettbewerbsstaatliche Ausweitung von Binnenmarkt und Marktkräften ist aktuell zwar immer noch dominant, allerdings im Zuge der Krise selbst in die Krise geraten und einigen Suchprozessen unterworfen.


Demgegenüber identifizieren die AutorInnen anhand von Diskursanalysen der europäischen Zeitungslandschaft vier weitere Projekte: (1) das von traditionellen Gewerkschaften, mittelständischen Betrieben und europaskeptischen Teilen der Sozialdemokratie getragene, national(staatlich)-soziale Projekt der Verteidigung nationaler Wohlfahrtsstaatlichkeit gegen Strategien der Europäisierung, (2) das von national orientierten Teilen der konservativen Parteien (wie der CSU) und auch von rechten Parteien getragene national(staatlich)-konservative Projekt der Mobilisierung von Rassismus und Nationalismus, (3) das von proeuropäisch orientierten Teilen von Gewerkschaften und Sozialdemokratie verfolgte proeuropäisch-soziale Projekt der Stärkung der europäischen Wirtschaft und der Institutionen mit dem Ziel der Schaffung eines »sozialen Europas«, sowie (4) das zivilgesellschaftlich verankerte linksliberal-alternative Projekt der Ausweitung von Europäisierungsprozessen und der grünen Wirtschaftssektoren.

Eine hegemoniefähige Alternative zum herrschenden Neoliberalismus ließe sich vor allem durch ein Bündnis der proeuropäischen linken und liberalen Kräfte herstellen, deren AkteurInnen allerdings institutionell schwach und mit wenigen ökonomischen Ressourcen ausgestattet sind. Es beruht in konsistenter Weise auf Finanzmarktregulierungen, spaltet davon aber Forderungen nach Umverteilung nach unten nicht ab, sondern versteht sie als notwendigen, krisenbekämpfenden Bestandteil. Ob sich ein solcher radikaler Reformismus in der EU durchsetzen wird können, hänge wohl, so die AutorInnen, vom Verlauf weiterer Protestbewegungen in Europa ab.

THEMATISCHE BANDBREITE

Weitere Beiträge zeigen die zahlreichen Arbeitsfelder kritischer EU-Forschung auf: Bernd Kasperek und Vassilis S. Tsianos zeichnen die innereuropäischen Konflikte um das Schengen-System nach. Pia Eberhardt behandelt die Rolle des omnipräsenten Brüsseler Lobbyismus, der aktuell bis zu 30.000 LobbyistInnen umfasst (von denen etwa 70% im Dienste von Kapitalinteressen aktiv sind) und durch Einflussnahme auf Gesetzgebung und Deutungshoheit in der Krise den postdemokratischen Charakter der EU verschärft. José Cuevas' Beitrag liefert eine Darstellung der spanischen Protestbewegung des Jahres 2011 und ihrer Auswirkungen auf die spanische Politik: Trotz ihrer realpolitischen Wirkungslosigkeit ist es zumindest gelungen, wichtige politische Debatten zu initiieren, die sonst im postdemokratischen Setting keine Aufmerksamkeit erlangt hätten. Abgerundet wird das weite Spektrum des Bandes durch eine Analyse der EU aus raumtheoretischer Sicht (Sebastian Wolff) sowie durch einen Beitrag über das immer noch bestehende koloniale Selbstverständnis der EU (Anna Krämer).

FAZIT

Der Sammelband bietet interessante Einblicke in die politischen Kräfteverhältnisse auf europäischer Ebene und beleuchtet die tiefe Verankerung neoliberaler Politiken in den EU-Institutionen. Zugleich stellen die Beiträge erst den Beginn einer umfassenderen Bestandsaufnahme europäischer Politik dar, die auf weitere viel versprechende Arbeiten der Forschungsgruppe hoffen lässt. Die plausiblen Bewertungen zur »proeuropäisch-sozialen Strategie« verdeutlichen die Begrenzungen einer nur auf den Nationalstaat als Gegengewicht zum herrschenden Neoliberalismus ausgerichteten Politik und verweisen auf die Notwendigkeit, defensive Haltungen zugunsten einer auf sozialstaatliche Umverteilung basierenden Offensive zur Veränderung der EU-Strukturen weiterzuentwickeln. 

ARMIN PULLER

ist Redaktionsmitglied der ZUKUNFT.

Notizen, Öffentlichkeit & Grenzen



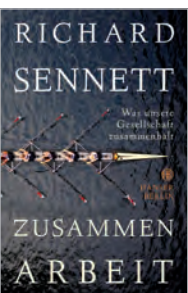
Claude Lévi-Strauss ANTHROPOLOGIE IN DER MODERNEN WELT

Die drei bisher unveröffentlichte Vorträge aus dem Jahr 1986 gehen der Frage nach, welche Rolle die Anthropologie in der modernen Welt spielen kann, und setzen bei der Feststellung an, dass das westliche Fortschrittsmodell durch die ökologischen Folgen der kapitalistischen Industrialisierung und die Ausbeutung natürlicher Ressourcen in eine Sackgasse geraten ist.
SUHRKAMP, 148 Seiten, 23,60 Euro



Peter Sloterdijk ZEILEN UND TAGE

Peter schrieb in den wie um ihrer selbst geführten Tagebüchern mit und gegen die Ereignisse, richtete seine Aufmerksamkeit auf die großen Zusammenhänge und die versteckten Details; so entstanden Kurzessays und Aphorismen, bissige Kommentare und zurückhaltende Lobgesänge. 2011 transkribierte Sloterdijk seine Notizen aus den Jahren 2008 bis 2011.
SUHRKAMP, 639 Seiten, 25,70 Euro



Richard Sennett ZUSAMMENARBEIT

Wie können Menschen, die sich sozial, ethnisch oder in ihrer Weltanschauung unterscheiden, zusammenleben und -arbeiten? Sennett erläutert interdisziplinär und pragmatisch, was das Wesen von Zusammenarbeit ausmacht, warum sie so an Bedeutung verloren hat und wie sie wieder als Wert wahrgenommen werden kann und erstellt eine Analyse unserer modernen Arbeits- und Lebenswelt.
HANSER BERLIN, 416 Seiten, 25,60 Euro



Volker Gerhardt ÖFFENTLICHKEIT

Der Mensch ist ein »öffentliches Wesen«, ein homo publicus. Nur unter seinesgleichen findet er zu sich selbst. Zugleich aber kann diese öffentliche Welt dem Menschen nichts bedeuten, wenn er sich nicht in sich selbst und die Sicherheit der Privatsphäre zurückziehen vermag. Aus dieser Disposition unseres Bewusstseins entfaltet der Berliner Philosoph eine grundlegende Theorie der Öffentlichkeit.
C. H. BECK, 584 Seiten, 41,10 Euro



Konrad Paul Liessmann LOB DER GRENZE

Ohne Grenzen gibt es kein Miteinander, ohne Differenz keine Erkenntnis: Wer als Mensch wissen will, wer er ist, muss wissen, von wem er sich unterscheidet. Und wer das Risiko sucht, muss wissen, wann er die Sicherheit verlässt. Liessmann geht den Grenzen und Unterscheidungen nach, ohne die weder der Einzelne noch eine Gesellschaft überlebensfähig wären.
ZSOLNAY, 208 Seiten, 19,50 Euro



Eric Hobsbawm WIE MAN DIE WELT VERÄNDERT

Wer glaubt, Karl Marx sei tot, der irrt. Die Krise des kapitalistischen Systems hat neues Interesse an seinen Ideen geweckt. Eric Hobsbawm, seit seiner Jugend überzeugter Marxist, zeigt, was wir noch von Marx lernen können. Er zeigt, wie der Marxismus in den letzten 150 Jahren die angeblich alternativen Regeln der kapitalistischen Wirtschaft in Frage gestellt und widerlegt hat.
HANSER, 448 Seiten, 28,70 Euro

Alle Bücher sind auch in der **Buchhandlung Löwelstraße** (1014 Wien, Löwelstraße 18; buchhandlung@spoe.at) erhältlich.

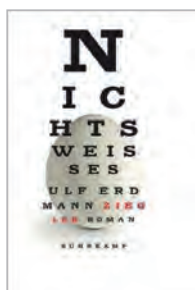
Nichts, Nordafrika & ein Internat



Clemens J. Setz
INDIGO

Der junge Mathematiklehrer Clemens Setz unterrichtet an einem steirischen Internat. Er beobachtet, wie immer wieder Schüler in eigenartigen Maskierungen in Autos weggebracht werden. Setz beginnt, Nachforschungen anzustellen, doch er kommt nicht weit; er wird aus dem Schuldienst entlassen. Fünfzehn Jahre später berichten die Zeitungen von einem aufsehenerregenden Strafprozess.

SUHRKAMP, 479 Seiten, 23,60 Euro



Ulf Erdmann Ziegler
NICHTS WEISSES

Marleen träumt von der perfekten Schrift. An der Kunsthochschule hat sie Rückenwind, ihr Pioniergeist treibt sie voran, bald steckt sie mittendrin in der Jobwelt der Achtziger – und erliegt deren Verheißungen. Flexibilität ist gefragt; und Marleen gibt sich flexibel, koste es, was es wolle – in der Hoffnung, dass ihr Traum weniger flüchtig ist als die Welt, gegen die es gilt, ihn wahrzumachen.

SUHRKAMP, 259 Seiten, 20,60 Euro



Ursula Krechel
LANDGERICHT

Die deutsche Nachkriegszeit ist der Hintergrund der Geschichte von einem, der nicht mehr ankommt. Richard Kornitzer ist Richter und ein Charakter von Kohlhaas'schen Dimensionen. Die Nazizeit zieht sich als Riss durch sein Leben. Die kleine Familie zwischen dem Bodensee, Mainz und England versprengt, und die Heimat beinahe fremder als das in magisches Licht getauchte Exil in Havanna.

JUNG UND JUNG, 480 Seiten, 29,90 Euro



Stephan Thome
FLIEHKRÄFTE

Hartmut Hainbach ist Professor für Philosophie und hat seine Traumfrau geheiratet, die er immer noch liebt. Dennoch ist Hartmut nicht glücklich. Seine Frau ist nach Berlin gezogen, die gemeinsame Tochter hält die Eltern auf Distanz, der Reformfuror an den Universitäten nimmt Hartmut die Lust an der Arbeit. Als ihm überraschend das Angebot zu einem Berufswechsel gemacht wird, will er endlich Klarheit.

SUHRKAMP, 474 Seiten, 23,60 Euro



Wolfgang Herrndorf
SAND

Während in München Palästinenser des »Schwarzen September« das olympische Dorf überfallen, geschehen in der Sahara mysteriöse Dinge. In einer Hippie-Kommune werden vier Menschen ermordet, ein Geldkoffer verschwindet, und ein unterbelichteter Kommissar versucht sich an der Aufklärung des Falles. Ein verwirrter Atomspion, eine platinblonde Amerikanerin, ein Mann ohne Gedächtnis – Nordafrika 1972.

ROWOHLT BERLIN, 480 Seiten, 20,60 Euro



Ernst Augustin
ROBINSONS BLAUES HAUS

Es ist die Fabel vom letzten Robinson in einer Welt nicht mehr vorhandener Freiräume – in Grevesmühlen, in blauer Südsee, im Londoner Kerker, im Spiegelhaus auf dem Wyman Tower. Es gibt einen hochpolierten Freitag, eine Dame mit Schritt, eine abgesoffene Kirche, ein Imperium von Besenkammern und es gibt Luxus, illuminierte Zahnbürsten, Tangomusik und Unmengen virtuellen Geldes.

C.H.BECK, 319 Seiten, 20,60 Euro

Was wäre eine aktive Europapolitik?

Die Bundesregierung ist fast täglich mit europäischen Fragen beschäftigt. Von der intensiven Reisetätigkeit zu den Ratsitzungen nach Brüssel bis zur Umsetzung laufender Vorgaben der EU-Ebene, wie etwa zuletzt bei den fragwürdigen Initiativen von Schuldenbremse und Fiskalpakt.


Dann und wann gelingt es Österreich auch eine gestaltende Rolle in der europäischen Politik zu übernehmen: Beim Ratsgipfel im Jänner referierte Bundeskanzler Werner Faymann über die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit. Mit dem Erfolg, dass 7 Mrd. Euro für Jugendbeschäftigungsprogramme im EU-Haushalt freigemacht werden. Erfreulich, aber angesichts der Dimension des Problems nur ein erster Schritt.

Die EU befindet sich im fünften Jahr der Finanzkrise und nach wie vor gibt es keinen tauglichen Plan für deren Überwindung. Diese Verunsicherung bietet erheblichen Spielraum für Länder mit guten Ideen. Österreich ist relativ erfolgreich durch die Krise gekommen und kann einiges an Lehren für andere Länder bieten: Budgetpolitik muss antizyklisch erfolgen und Jugendarbeitslosigkeit ist schon im Entstehen konsequent zu bekämpfen. Doch auf EU-Ebene vertritt Finanzministerin Maria Fekter die gegenteilige Position: kompromissloses Sparen in der Krise. Damit gerät man allerdings immer mehr in den Abwärtssog, verbunden mit verheerenden Folgen auf dem Arbeitsmarkt, besonders für Jugendliche.

Über erfolgreiche Strategien der Krisenbekämpfung hinaus benötigen wir aber auch eine Vorstellung darüber, wie die EU langfristig aussehen soll. Die klarsten Perspektive haben in der europäischen Debatte nach wie vor die Neoliberalen: Sie wollen freie Märkte, einen schwachen Sozialstaat und strenge

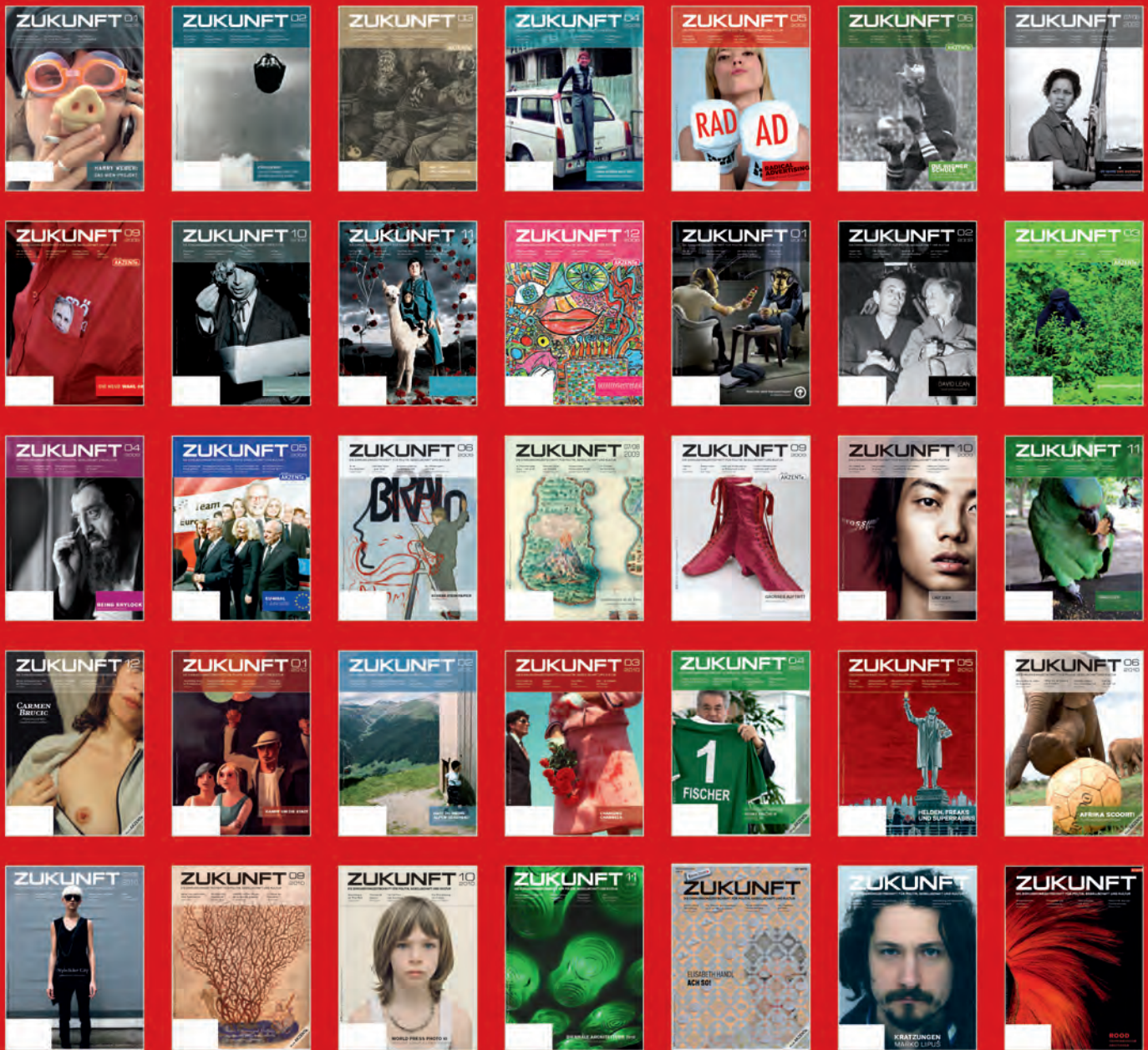
budgetbeschränkende Regeln, im Bedarfsfall auch autoritär gegen die Mitgliedsstaaten durchgesetzt. Eine Strategie, die Europa in die Krise geführt hat.

Viele Linke, denen Sozialstaat und Demokratie ein Anliegen sind, nehmen deshalb eine Abwehrposition ein, die etwa in der EU-skeptischen Stimmung in Skandinavien zum Ausdruck kommt. Das soziale Projekt kann gegenüber den Freiheiten des Kapitals und den Vorgaben der europäischen politischen Instanzen allerdings wohl nur dann wieder in die Offensive kommen, wenn es proeuropäisch gewandelt wird – durch die Entwicklung europäischer Instrumente zur Institutionalisierung innereuropäischer und sozialstaatlicher Umverteilung, Finanztransaktionssteuern und Bankenabgaben, Mindeststeuern auf Unternehmensgewinne, koordinierte Erhöhungen von Vermögenssteuern und Spitzensteuersätzen auf Einkommen können die finanzielle Basis für aktive Beschäftigungspolitik, einen umfassenden Sozialstaat und auch die Möglichkeit sichern, mit diesen Projekten wieder in die Offensive zu kommen.

Vehement verfolgt wird diese Position derzeit vor allem von Frankreich. Ob ein gemeinsames proeuropäisches soziales Projekt vorankommt, hängt wohl auch davon ab, ob den wenigen sozialdemokratisch geführten Regierungen der EU eine engere Kooperation gelingt. Auch im Bemühen darum könnte eine aktive Europapolitik bestehen. 

MARKUS MARTERBAUER

leitet die Abteilung Wirtschaftswissenschaft
und Statistik der AK.



ZUKUNFT ABONNEMENT

Kupon ausschneiden
& einsenden an:
edition rot GmbH
Löwelstraße 18
1014 Wien

Ich bestelle ein **ZUKUNFT**-Schnupperabo (3 Hefte) um 8,- Euro
 ein **ZUKUNFT**-Jahresabo (11 Hefte) um 44,- Euro

Name: _____

Straße: _____

Ort/PLZ: _____

Tel.: _____

E-Mail: _____

Unterschrift: _____

